

Bunte Vielfalt unter einem Dach

Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen





6



16



18

Editorial 3

Thema

**Bunte Vielfalt unter einem Dach
 Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen**

Keine Gemischtwarenläden!	4
Ein Patchwork-Projekt vom Feinsten	6
Die Fünf-Jahres-Macke	9
Zuerst fiel die Trennwand	10
„Gemeinsam die Lebensfreude stärken“	12
Wo Großeltern und Enkel gemeinsam tanzen	15
Leselust lässt sich lernen	16
„Zwischenheimat“ mit Nestwärme	18
Dienstleistungen für jede Lebensphase	20
Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen	22

Verbandsrundschau

„Schule zurück in die Gesellschaft holen“	23
Positionspapier des Paritätischen zur Gleichstellung von Frauen und Mädchen	24
Plus bei Mitteln aus ARD-Fernsehlotterie	24
60 Jahre Wohlfahrtsmarken	25
Bundesforum Familie: Kinder brauchen Werte	25
„Historische Chance zur Armutsbekämpfung vertan“	26
Anspruch auf Girokonto realisieren	26

Sozialpolitik

Statt ABM künftig Entgeltvariante	27
Debatte um Spätabtreibungen	27
Neue Altersarmut	28
NS-Opfer fordern Entschädigung	28
Wirbel um Gesundheitsleistungen für Kinder	30
Ineffiziente Ausbildungsförderung	30

Forum

Empfang bei Bundespräsident Köhler	31
Himmliche Wohlfahrtsmarken	31
„Studierende für Studierende“	32
Steinmeier an der Spitze des ADH-Kuratoriums	33
Merk im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz	33
Ehemalige Heimkinder empört	34
Die Vorleser schwärmen aus	35
Versorgungsniveau soll gehalten werden	36
Kinderträume 2011 – Experte des Paritätischen berät FIFA-Organisationskomitee	36

Porträt

Behshid Najafi von agisra hilft von Gewalt betroffenen Migrantinnen	37
---	----

lesen · hören · surfen	38
Rezension Impressum	39
was · wann · wo	40

Heidi Merk,
Vorsitzende des
Paritätischen
Gesamtverbandes



Liebe Leserinnen und Leser,

Trennwände verleiten dazu, einander nicht zu beachten. Im günstigsten Fall wird dies- und jenseits der Wand in friedlicher Koexistenz im wahrsten Sinne des Wortes nebeneinander her gelebt, doch ein schönes Miteinander wird so wohl kaum erlebt. „Alle(s) unter einem Dach“ ist daher das Motto der Mehrgenerationenhäuser, die sich bundesweit für das Miteinander der Menschen aller Generationen und Kulturen stark machen, um gemeinsam die Lebensfreude und Lebensqualität aller zu steigern. Als Orte der Begegnung, der Kommunikation und der gemeinsamen Aktivität, des wechselseitigen Lernens und Erfahrungsaustauschs sind die Mehrgenerationenhäuser vielerorts zur beliebten Freizeitheimat für Jung und Alt geworden. Dabei ersetzen Mehrgenerationenhäuser nicht die Großfamilie von einst – wie könnten sie auch? In ihrer Vielfalt – vom Nachbarschaftstreff über das multikulturelle Freizeitzentrum bis zur Dienstleistungsplattform – können sie jedoch einen wertvollen Beitrag gegen Anonymität und Vereinzelung in unserer Gesellschaft leisten.

„Ich bin in meiner Jugend mit alten Leuten umgegangen und gehe in meinem

Alter mit jungen um. Das ist die Weise, wie der Mensch möglichst behaglich durch die Welt kommen mag“, so beschrieb der deutsche Dichter Wilhelm Raabe vor mehr als 100 Jahren den Charme der generationsübergreifenden Begegnung. Doch wir brauchen uns nichts vorzumachen: Generationsübergreifende Begegnungen sind zunächst Herausforderungen für alle Beteiligten. Es braucht Mut, sich aufeinander einzulassen, und Zeit, Klischees und Vorurteile beiseite zu räumen. Es geht auch um die Trennwände im Kopf, die überwunden werden müssen.

Das Modell des Mehrgenerationenhauses darf in seinem Potenzial für die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in Zeiten des demografischen Wandels auf keinen Fall unterschätzt werden: Die erfolgreiche Verzahnung ehrenamtlichen Engagements und professioneller Dienstleistung in den Mehrgenerationenhäusern ergänzt und bereichert bestehende „klassische“ hauptamtliche Hilfs- und Dienstleistungsstrukturen nachhaltig. In den Mehrgenerationenhäusern wird Hilfe zur Selbsthilfe gegeben: Die Besucherinnen und Besucher sind nicht nur Leistungsempfänger,

sondern aktiver Teil des Ganzen. Jeder und jede bringt sich mit seinen spezifischen Interessen, Ressourcen und Fähigkeiten ein, wird in seiner Besonderheit geschätzt und kann auf eigene Weise partizipieren und mitgestalten.

Im Rahmen des gleichnamigen BMFSFJ-Aktionsprogramms werden bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser gefördert, darunter auch 96 Paritätische Einrichtungen. Das vorliegende Heft vermittelt einen Einblick in die vielfältigen Facetten der Paritätischen Mehrgenerationenhauslandschaft. Dabei wird deutlich, dass die Zukunft der einzelnen Häuser mit dem Grad ihrer Offenheit – für verschiedene Zielgruppen, für neue Ideen und Kooperationspartner – stehen und fallen wird. Einrichtungen, die sich abschirmen und nicht im Gemeinwesen verankert sind, werden künftig große Schwierigkeiten haben. Durch Offenheit und Kooperation im Netzwerk dagegen lassen sich ungeahnte Ressourcen und Innovationspotenzial erschließen. Gemeinsam lässt sich einfach mehr bewegen!

Herzliche Grüße, Ihre

Keine Gemischtwarenläden!

Mehrgenerationenhäuser haben großes Potenzial, dürfen aber nicht überfordert werden

Mehrgenerationenhäuser sind vielfältig und bunt in den Angeboten. Sie aktivieren bürgerschaftliches Engagement und bieten Aktivitäten für alle Generationen – ausgerichtet am individuellen Bedarf vor Ort. So beschreibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Mehrgenerationenhäuser, die es im Rahmen des gleichnamigen Aktionsprogramms fördert. Bei diesen Kriterien wundert es nicht, dass insbesondere Häuser von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen den Zuschlag aus den 1.700 eingegangenen Bewerbungen erhalten haben. Insgesamt wurden 500 Häuser in zwei Ausschreibungsrunden ausgewählt – der Paritätische stellt mit 96 Häusern die größte Trägergruppe.

Die Bundesregierung fördert jedes Mehrgenerationenhaus mit jährlich 40.000 Euro. Das Programm hat eine Laufzeit von fünf Jahren, ein Mehrgenerationenhaus erhält daher bis zu 200.000 Euro. Mittlerweile gibt es in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus.

Das Aktionsprogramm wurde von der Bundesregierung als eine Antwort auf den demografischen Wandel ins Leben gerufen, damit sowohl ältere als auch jüngere Menschen ihre Potenziale nutzen und entfalten und sich gegenseitig unterstützen können. Familienstrukturen haben sich verändert, verwandtschaftliche Beziehungen und Netzwerke sind kleiner geworden. Für viele Kinder bedeutet die Familie nicht mehr das Zusammenleben verschiedener Generationen. Auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen befinden sich im Wandel. Mobilität und Flexibilität sind gefordert. Familien geraten zunehmend unter Druck. Kinder, Eltern und Großeltern leben oft nicht an einem Ort, wodurch der familiäre Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung erschwert sind. Mütter und Väter müssen viele Aufgaben allein bewerkstelligen. Es besteht die Gefahr, dass die kleiner werdenden Familien nicht mehr in der Lage sind, die wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Durch die begrenzten Möglichkeiten des Austausches zwischen den Generationen droht zudem Isolation der einzelnen Generationen.

Dass der demografische Wandel aber auch als Chance für einen gesellschaftlichen Aufbruch mit neuen Lebensmodellen verstanden werden kann, ist die Idee des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser. Neue Konzepte und Strukturen sind gefragt, um den Austausch der Generationen sowie neue verlässliche Beziehungen zu fördern, die neben der traditionellen Form des Zusammenlebens in einem Haushalt oder einer Familie stehen. Mehrgenerationenhäuser sollen Orte der Begegnung zwischen Menschen aller Generationen sein, wo sie voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Toleranz und das Verständnis zwischen den Generationen sollen durch den Austausch gefördert und dem Auseinanderdriften der verschiedenen Altersgruppen entgegengewirkt werden. Mit dem neuen Mit- und Füreinander der Generationen unter einem Dach wird die alte Großfamilie neu gedacht.

Kompetenz in Gemeinwesenarbeit

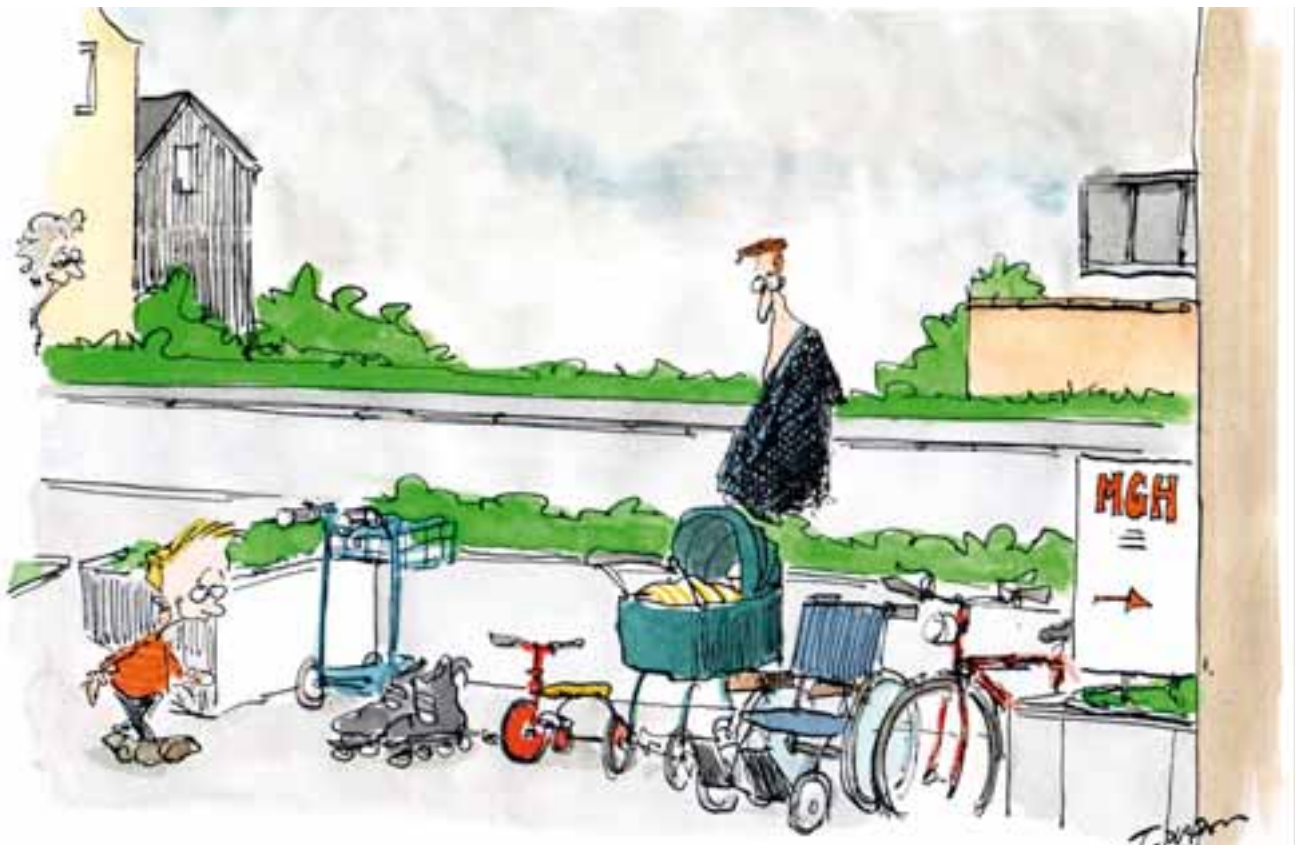
Das Aktionsprogramm erfindet das Rad keinesfalls ganz neu. Bereits vor der Initiierung der Mehrgenerationenhäuser gab es in Deutschland eine Vielzahl von Initiativen und Einrichtungen – viele aus dem Paritätischen Spektrum –, die einen innovativen Beitrag zur Zivilgesellschaft leisteten und ähnliche Aufgaben wahrnahmen, beispielsweise Stadtteilzentren und Nachbarschaftsheime. Auf die Herausforderungen des demografischen Wandels

hatten sich diese Einrichtungen längst eingestellt. Viele dieser bewährten Einrichtungen, die praktische Projekterfahrung und eine breite Kompetenz in der Gemeinwesenarbeit vorweisen können, werden jetzt vom Bund im Rahmen des Aktionsprogramms gefördert. Als Mehrgenerationenhäuser sollen sie nicht in Konkurrenz zu anderen Initiativen und Einrichtungen treten, sondern diese ergänzen.

Einiges ist jedoch neu am Aktionsprogramm. Zunächst muss hier das direkte und finanzielle Engagement des Bundes auf der kommunalen Ebene genannt werden, als nächstes die Betonung des Bildes vom Zusammenwirken vieler Generationen „unter einem Dach“. Neu ist auch die Zielstellung des Aktionsprogramms, mit den Mehrgenerationenhäusern nachbarschaftliche Netzwerke familiennaher Dienstleistungen zu schaffen. Lokale Märkte sollen entstehen, die den Bedürfnissen



Jenny Bonin,
Fachreferentin
beim
Paritätischen
Gesamtverband



der Menschen verschiedenen Alters entsprechen. Mehrgenerationenhäuser sollen als Dienstleistungsdrehscheiben etabliert werden, die einerseits selbst verschiedene Dienstleistungen anbieten, beispielsweise Kinderbetreuung, Wäscheservice und Hilfen rund um Haushalt und Garten, andererseits Angebote von und für Menschen unterschiedlicher Generationen vermitteln, nachbarschaftliche Netzwerke aufbauen und mit Unternehmen kooperieren. Sie sollen generationsübergreifende Angebote schaffen, bürgerschaftliches Engagement aktivieren und einen offenen Tagestreff mit Cafeteria/Bistro anbieten. Die 200 Häuser, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (EFS) finanziert werden, sollen zudem im besonderen Maße für eine Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt sorgen.

Die Erwartungen und Anforderungen des BMFSFJ an die Mehrgenerationenhäuser sind groß. Die finanziellen Mittel, mit denen die Häuser ihre Aufgaben bewerkstelligen sollen, sind jedoch äußerst knapp bemessen. Ebenso die Personalstellen, die für dieses breite Aufgabenspektrum zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Verwaltungsaufgaben in enormem Umfang mit aufwendigen

Abrechnungen einschließlich Selbstbewertung und Benchmarking.

Arbeitskreis für den innerverbandlichen Austausch

Der Paritätische hat bereits an das Ministerium appelliert, die Mehrgenerationenhäuser nicht mit Anforderungen zu überfrachten, sie nicht zu überfordern und zum „unspezifischen Gemischtwarenladen“ zu machen. Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Einrichtungen, können aber nicht alle Probleme des demografischen Wandels lösen! Im September 2008 sandte der Gesamtverband dem Ministerium einen Brief mit Problemanzeigen und Impulsen, die der Berliner Landesverband bei den dortigen Mehrgenerationenhäusern gesammelt hatte und die exemplarisch für viele andere Häuser in der Republik stehen (siehe Seite 9). Zur Begleitung des Aktionsprogramms wurde zudem ein Arbeitskreis des Paritätischen Gesamtverbandes mit den Landesverbänden und überregionalen Mitgliedsorganisationen gegründet.

Die Ergebnisse des innerverbandlichen Informations- und Erfahrungsaustausches fließen in die Kooperationsgruppe des Ministeriums zum Aktionspro-

gramm ein, in welcher der Paritätische mitwirkt. Der Verband schafft darüber hinaus auch eigene Angebote für die Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen. So bietet er in Kooperation mit der Stiftung Lesen Seminare unter dem Titel „LeseLust – Vorlesen für Kinder vom Krippen- bis zum Hortalter“ an (siehe Seite 16).

Die Paritätischen Mehrgenerationenhäuser, darunter Familien- und Mütterzentren, Nachbarschafts- und Beratungseinrichtungen, Selbsthilfevereine und Bildungsträger, spiegeln die Vielfalt des Aktionsprogramms wider. Trotz hoher Anforderungen und nicht gerade einfacher Bedingungen bewegen sie viel: Sie binden freiwillig Aktive in ihre Arbeit ein, erreichen nicht nur verschiedene Altersgruppen, sondern bringen sie auch zusammen. Sie stellen in ihrer Region ein kreatives und soziales Potenzial dar. Nicht ohne Grund wurden mehrere Paritätische Häuser sogar bereits als „Leuchtturmhäuser“ ausgezeichnet, weil sie in Bereichen wie Kinderbetreuung und generationenübergreifende Arbeit Beispielhaftes leisten.

Jenny Bonin

Das KREATIVHAUS auf der Berliner Fischerinsel ist zugleich grüne Oase und quirliger Treff für Jung und Alt.



Fotos: KREATIVHAUS



Ein Patchwork-Projekt vom Feinsten

Das KREATIVHAUS: Vorzeigeprojekt an der Nahtstelle zwischen Ost und West

Eine eher unscheinbare ehemalige Kita auf der Fischerinsel in Berlin-Mitte ist das Domizil eines außergewöhnlichen Mehrgenerationenhauses: des KREATIVHAUSes. Die Kultur- und Begegnungsstätte, die aus einem Theaterpädagogischen Zentrum hervorgegangen ist und ihre kreativen und soziokulturellen Angebote schon lange mit dem Dialog der Generationen verknüpft, war 2008 „Leuchtturmhaus“. Dazu wurde sie im Rahmen des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser wegen der besonders guten generationenübergreifenden Arbeit ernannt.

An der Imbissbude bei Buletten-Else herrscht heute Vormittag Hochbetrieb. Else hat nicht nur „vernünftige Preise“, sondern „ooch det Herz am rechten Flecke“ – und stets ein offenes Ohr für ihre Kundschaft, die Sorgen und Freuden der kleinen Leuten, die geradewegs Zilles Milljöh-Studien entsprungen sein könnten. Gebannt verfolgt eine deutsch-dänische Schülergruppe die Aufführung des Ensembles „Theater und Geschichten“ auf der Bühne des Berliner KREATIVHAUSes – auch wenn die Jugendlichen aus Kopenhagen nicht alles verstehen, was da so über Hartz IV und andere Alltagsorgen gesprochen wird. Derweil rattern ein Stockwerk höher im

Fundus des KREATIVHAUSes die Nähmaschinen. Dort wird eifrig an neuen Kostümen gearbeitet. Funda, eine junge Frau türkischer Herkunft, ist als RBM-Kraft (einer regionalen Form der Arbeitsgelegenheit) ins KREATIVHAUS gekommen. Die ausgebildete Näherin hat nach der Kinderzeit keine Arbeitsstelle mehr gefunden. Im Fundus hat die 26-Jährige Gelegenheit zu zeigen, was sie kann. „Ich bin hier wieder richtig reingekommen ins Nähen und habe auch noch neue Techniken gelernt“, sagt sie. Jede Menge Unikate für Theaterstücke hat sie in den vergangenen Monaten genäht, darunter auch ein paar altmodische Badehosen, wie sie in den 30er Jahren in Mode wa-

ren. „Die sind für das Zilleprojekt“, sagt Projekt-Leiterin Karin Duda, die das Geschehen im Fundus koordiniert. Auch die Stelle der 52-jährigen Kostümbildnerin ist eine von der Arbeitsagentur geförderte: Karin Duda ist als ABM-Kraft eingestellt, hat sich aber eigentlich in den letzten Monaten unentbehrlich



gemacht und hofft, längerfristig im KREATIVHAUS bleiben zu können.

„Wir sind ein regelrechtes Patchwork-Projekt“, sagt Angela Gärtner, die Geschäftsführerin des KREATIVHAUSES. Ein schöner Begriff, der nicht nur die bunte Vielfalt des Angebots illustriert – hinter ihm verbirgt sich auch ein mühseliges Ringen um die Finanzierung des Theaterpädagogischen Zentrums – Jahr für Jahr, Projekt für Projekt. Doch mit einem enormen Improvisationstalent haben Angela Gärtner und ihr Team mit Unterstützung vieler freiwillig Engagierter trotz der chronisch prekären Finanzierungslage aus dem 1992 gegründeten Theaterpädagogischen Zentrum ein prächtig schillerndes Juwel gemacht, das in seiner Art nicht nur für die Hauptstadt einzigartig ist, sondern auch bundesweit großes Ansehen genießt.

Neben dem Nikolaiviertel am „Historischen Hafen“ gelegen ist das KREATIVHAUS mit seiner großen Wiese, dem Spielplatz und vielen alten Bäumen eine grüne Spree-Oase inmitten des pulsierenden Berliner Zentrums. Die ehemalige Kita ist zwar kein architektonisches Schmuckstück, doch sie hat zwei Vorzüge: Mit ihren vielen Räumen und der für städtische Verhältnisse großzügigen Außenanlage bietet sie jede Menge Platz für die vielfältigsten Aktivitäten und unterschied-

lichste Gruppen. Und sie steht dem Verein gegen Zahlung der Betriebskosten zur Verfügung. „Das ist die einzige regelmäßige Unterstützung durch das Bezirksamt Mitte, ansonsten bekommen wir immer nur projektbezogene Mittel und finanzieren uns zum großen Teil über Teilnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus unseren Dienstleistungen wie etwa den Weiterbildungsangeboten“, sagt Angela Gärtner.

Ziel des Theaterpädagogischen Zentrums ist es, mit spiel- und theaterpädagogischen Methoden Menschen darin zu unterstützen, ihre individuellen schöpferischen Stärken zu entdecken, zu bewahren oder weiter zu entwickeln, das Selbstbewusstsein, die Kommunikationsfähigkeit und das soziale Miteinander zu stärken. Dazu hat es ein breit gefächertes Repertoire entwickelt, das nicht nur die Generationen verbindet und Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen schlägt, sondern auch Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen explizit einbezieht – wie etwa im Projekt „andersArt“, das ihnen mit Bewegungstheater, Wahrnehmungsübungen, Konzentrations- und Geschicklichkeitsübungen die Möglichkeit zu spielerischen, gestalterischen und musikalischen Erfahrungen eröffnet. (Siehe auch Kasten A-Z auf Seite 8.)

Kontakt

KREATIVHAUS e. V.
 Fischerinsel 3
 10179 Berlin
 Telefon: 030/2380913
 E-Mail: kontakt@kreativhaus-tpz.de
 www.kreativhaus-tpz.de

An der Nahtstelle zwischen dem ehemaligen Ost- und Westberlin, umgeben von einer Vielzahl von Hochhäusern ist das KREATIVHAUS für viele Menschen aus dem Kiez ein wichtiger Treffpunkt. Nicht nur für Familien, die die kreativen Freiräume zu schätzen wissen, sondern auch für viele ältere Menschen, für die der Kiez-Treff auch eine wichtige soziale Funktion hat. Hier können sie im Café CoCo seit an seit mit Handwerkern und Büroangestellten aus der Umgebung ein leckeres und günstiges Mittagessen genießen, sich auch mal Rat holen, nachbarschaftliche Hilfe erfragen oder anbieten und aus dem riesigen Kurs- und Veranstaltungsangebot das für sie Passende auswählen.

„Wir haben hier schon lange alle Generationen unter einem Dach“, sagt Djamila Younis, die mit einer halben Stelle Koordinatorin für das Mehrgenerationenhaus ist, zuvor aber auch schon zur Programmgestaltung beigetragen hat. „Die Förderung durch das Familienministerium hat uns wichtige Impulse gegeben, die intergenerative Arbeit weiter auszubauen“, betont die 34-Jährige. „Die Aufnahme in den Kreis der Mehrgenerationenhäuser hat uns auch in unserer Identität gestärkt und uns bestätigt, auf dem richtigen Weg zu sein.“ Und erst recht der Titel Leuchtturmhaus, der dem KREATIVHAUS bescheinigte, ein Vorbild zu sein, von dessen Ideen und Angeboten andere Mehrgenerationenhäuser profitieren können. Dazu gehören beispielsweise das ErzählCafé, der KinderElternKreativSonntag (KEKS) und das Projekt „Helden 2010 – weibliche und männliche Vorbilder im Wandel der Zeit“. Im ErzählCafé treffen seit 2001 einmal im Monat Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf ein begeistertes Publikum, wenn Geschichte lebendig wird.



Der FISCHERinselCHOR hatte bei der Eröffnung des Mehrgenerationenhauses einen großen Auftritt.

Das KREATIVHAUS von A bis Z

AktionsRaum: Ganzheitliche Kreativitätsförderung und soziale Kulturarbeit mit Spiel und Theater in Projekt- und Gruppenarbeit, insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien.

Arbeit und Bildung: Unterstützung und Vermittlung von Menschen aus dem zweiten Arbeitsmarkt in Arbeitsgelegenheiten im pädagogischen und soziokulturellen Bereich.

Bibliothek zum Thema Spiel, Theater, Jugendarbeit, Sozialpädagogik.

Café CoCo: Treffpunkt für Jung und Alt, Veranstaltungsort für Familienfeiern und Firmenjubiläen etc.

ErzählCafé: Geschichte wird lebendig. **FISCHERinselCHOR.**

Helden 2010 – weibliche und männliche Vorbilder im Wandel der Zeit.

Kiez-Treffpunkt: Niedrigschwelliges Beratungsangebot im Café CoCo, das AnsprechpartnerInnen vermittelt und Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement aufzeigt.

KinderElternKreativSonntag.

Kreatives Schreiben und Gestalten.

Kreativität in Medizin und Pflege – Projekt zur ganzheitlichen Gesundheitsbildung und PatientInnenbetreuung, vor allem chronisch kranker Kinder und Erwachsener sowie Menschen mit Demenz.

Lesenächte.

Projekttag und -wochen für Schulen: Graffiti-Workshop, Maskenbau und -spiel, Märchenhafte Wochen, Radio- und Hörspielstudio für Jugendliche.

Spielend Sprache Lernen in Kindertagesstätten und Grundschulen.

Stadt(ver)führungen.

Tanzkreis und Tanz-Aerobic, Familientanz.

Theater: Bewegungstheater und Pantomime, TheaterInsel 45 Plus, Jugendtheater KRASS, Berliner Knirps Theater für Anderthalb- bis Dreijährige, APPLAUS, die Theater- und Musicalschule für Kinder und Jugendliche, Multikulturelle Kindertheater-

gruppe, Mitspieltheater (unter anderem Theater aus dem Kochtopf zum Thema gesunde Ernährung, mobiles Stegreiftheater), Berliner-ZentralTheater.

Theaterfundus mit Kostumverleih.

Töne und Klänge für Minis – Sing- und Spielstunde für Jung und Alt.

Ton- und Filmstudio.

Verkehrspädagogisches Projekt: Peddy Go, der Ampelwicht.

Weiterbildungen: Theaterpädagogik, Humor in der Pflege in Kooperation mit den Roten Nasen (Clowns im Krankenhaus), musikalische Weiterbildung für ErzieherInnen, Mediation, Computerkurse für SeniorInnen, Englisch-, Französisch- und Spanischkurse.

Yoga und Lach-Yoga.

Zebra-Mobil – Projektgruppe zum Thema Alter und Mobilität.

ZwergenSpielstunde – (Groß)Eltern und Kinder (mit und ohne Behinderung) gestalten Spielmaterialien.

Jüngst berichtete Schauspieler Wolfgang Völz, unter anderem bekannt durch seinen Graf Yoster und die Stimme von Käpt'n Blaubär, über seinen Lebensweg – vom Bäckerlehrling zum Schauspieler. Ingeborg Seldte von der ZeitZeugen-Börse entführte ins Berlin der 20er Jahre in der Luisenstadt, und Gisela Jacobius, schilderte, wie sie mit ihren Eltern die Nazizeit im Berliner Untergrund dank Unterstützung der örtlichen schwedischen Kirche überlebt hat. Aber auch Aktuelles ist zu hören: So berichtete der Franziskanermönch Bruder Thaddaeus vom Obdachlosenprojekt Franziskushof, Weltumsegler Horst Scholz erzählte von seinen Abenteuern, Dr. Falk Dathe schilderte seine Arbeit als Schlangen- und Reptilienkurator im Tierpark Friedrichsfelde und Christoph Gerngroß brachte dem Publikum seine Tätigkeit als Streitschlichter an einer Schule nahe.

Helden 2010

Auch beim Projekt „Helden 2010“, das 2007 begonnen hat und, unterstützt von der ARD-Fernsehlotterie, drei Jah-

re läuft, geht es um den Austausch zwischen den Generationen: Menschen mit Lebenserfahrung erzählen Kindern von ihren Werten, Helden und Idolen und erfahren im Gegenzug von diesen, welche Idole, Leitbilder und Ideale heutzutage Acht- bis Zehnjährige haben. „Jede Generation hat ihre Helden und Heldinnen. Wir fragen: Wie entstehen sie? Welchen Einfluss haben Vorbilder auf Kinder und Jugendliche?“, erzählt Djamila Younis. Unter Anleitung erfahrener Kulturpädagogen und -pädagoginnen werden mit Methoden der Theater- und Medienarbeit, Gestaltung und Musik Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. „Schon jetzt zeigt sich, dass der generationenübergreifende Austausch nicht nur Spaß macht, sondern für beide Seiten sehr inspirierend ist“, betont die 34-jährige Koordinatorin.

Jede Menge Spaß gibt es auch beim KinderElternKreativSonntag (KEKS) – einer echten Alternative zum Fernsehprogramm oder den für viele nicht erschwinglichen kommerziellen Frei-

zeitangeboten in der Stadt: Jedes Mal gibt es ein anderes Motto. Malen mit Musik in Regenbogenfarben, Schweben wie eine Schneeflocke, Verkleiden im Theater-Fundus, singen, tanzen, basteln, Spiele erfinden, Hörspiele oder Trickfilme produzieren. Und nicht nur Kinder und Eltern sind dabei, sondern oft auch Großeltern, Tanten und Onkel.

„Das Angebot hier kann man gar nicht genug loben“, sagt Bernd Paul, der gerade seine Mittagspause im Café CoCo verbringt. Der Rentner und Großvater in spe wohnt zwar auf dem Prenzlauer Berg, kann sich aber gut vorstellen, künftig auch als Opa mit seinem Enkel ins KREATIVHAUS zu kommen. „Hier gibt es eine gute Mischung zwischen Alt und Jung und Multikulti nicht nur in der Küche.“ Gerade diese bunte Vielfalt mache das KREATIVHAUS so attraktiv, lobt der 64-Jährige. „Hier findet man die ganze Gesellschaft in einer Art Mikrokosmos.“

Ulrike Bauer

Die Fünf-Jahres-Macke

Wie geht es weiter, wenn die Bundesförderung ausläuft?

Mehrgenerationenhäuser haben in Berlin bereits eine lange Tradition. In Stadtteil- und Nachbarschaftszentren wird seit vielen Jahrzehnten generationenübergreifend gearbeitet. Was das Aktionsprogramm der Bundesregierung Neues bringt und wo Kritikpunkte sind, das fragte „Der Paritätische“ Dr. Eberhard Löhnert. Der 64-jährige Diplompädagoge und Doktor der Pädagogik ist Leiter der Geschäftsstelle Bezirke beim Paritätischen Landesverband Berlin. Er ist außerdem verantwortlich für die Umsetzung des Treuhandvertrages Stadtteilzentren zwischen dem Paritätischen und dem Land Berlin.

Herr Dr. Löhnert, wer hat die Mehrgenerationenhäuser erfunden?

Dr. Eberhard Löhnert: Da muss man in der Geschichte ein bisschen zurückgehen. Nach dem Krieg haben die Amerikaner und Briten den Berlinern in Neukölln, Schöneberg und Zehlendorf enteignete Villen mitsamt Grundstücken geschenkt, die sich zu Nachbarschaftsheimen entwickeln sollten. Die Idee für diese ersten Stadtteilzentren, die schon 1949 entstanden, stammte ursprünglich aus der Settlementbewegung und diente der Integration von Einwanderern. Mit den Nachbarschaftsheimen war auch das Ziel verbunden, den Gedanken der Solidarität und des demokratischen Miteinanders zu stärken. Diese Berliner Einrichtungen haben sich schnell zu Orten entwickelt, an denen Menschen sich für sich selbst und für andere engagieren – und zwar generationenübergreifend. In den 90er Jahren gelang es, auch in den ehemaligen Ost-Bezirken eine Struktur von Nachbarschafts- und Stadtteilzentren aufzubauen, sodass Berlin nun über nahezu vergleichbare Einrichtungen in allen Bezirken verfügt. Inzwischen gibt es 26 solcher Nachbarschaftshäuser mit jährlich mehr als 1,3 Millionen Besucherinnen und Besuchern.

Diese Berliner Nachbarschaftshäuser sind also schon lange das, was heute als Mehrgenerationenhaus bezeichnet wird?

Dr. Löhnert: Das ist richtig, aber es ist sicher ein Verdienst von Bundesfamilien-

ministerin Ursula von der Leyen, diesen Gedanken mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser in die ganze Republik getragen zu haben. Denn außer in Berlin, Hamburg und Köln gab es vor dem Start des Programms nur wenige solcher Einrichtungen.

Nun sind in der ganzen Republik Häuser entstanden, die sich der interkulturellen und generationenübergreifenden Arbeit verpflichtet sehen und den Gedanken der Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit in sich tragen. Ebenso wichtig finde ich die Tatsache, dass die Fachdiskussion zum Thema einer gemeinwesenorientierten Öffnung wichtiger Einrichtungen im Stadtteil für Bürgerinnen und Bürger durch das Beispiel der Mehrgenerationenhäuser dynamisiert wurde, zum Beispiel die Öffnung von Jugendeinrichtungen, Kitas oder Seniorenfreizeitstätten für alle Generationen.

Bringt das Förderprogramm für die Berliner Nachbarschaftshäuser noch Neues?

Dr. Löhnert: Ein Aspekt, den wir bisher noch nicht so im Blick hatten, ist der konzeptionelle Ansatz der Häuser als „Dienstleistungsdrehscheibe“, zum Beispiel die Unterstützung und Einbindung von Kleinstunternehmen, die familienunterstützende oder hausnahe Dienstleistungen anbieten: einen Wäscheservice, Catering, Schneiderei oder ähnliches. Sie erweitern nicht nur das Angebot der Mehrgenerationenhäuser, sondern bieten auch vielen Menschen die Möglichkeit, wieder ins Berufsleben einzusteigen. Aber



Dr. Eberhard Löhnert
Foto: Bauer

das ist ein Prozess, der bei den meisten Häusern noch am Anfang steht und auch nicht ganz unkompliziert ist, weil hier noch wenig Erfahrungen vorhanden und beispielsweise steuerliche Fragen zu beachten sind.

Ein weiterer positiver Punkt ist auch, dass es für Berliner Einrichtungen wie das KREATIVHAUS, die bislang keinerlei Regelfinanzierung bekommen, im Rahmen des Förderprogramms jetzt für fünf Jahre kontinuierlich Mittel gibt, mit denen eine hauptamtliche

Fachkraft finanziert wird, die ihr Know-how gezielt in den Ausbau des Mehrgenerationenkonzepts einbringen kann.

Wobei ich auch erwähnen möchte, dass mit der Förderung zum Teil sehr bürokratische Regelungen verbunden sind, etwa in Bezug auf die Finanzierung von Sachmitteln oder die Akquise von dringend benötigten zusätzlichen Finanzmitteln. Der Verwaltungsaufwand, der damit verbunden ist, frisst unnötig viel Zeit, die nicht mehr für die Bürgerinnen und Bürger, die Adressaten des Programms, zur Verfügung steht. Da hätte der Bund ruhig mal etwas innovativer sein können und beispielsweise Pauschalen oder eine Festbetragsfinanzierung einräumen sollen.

Nach dem Auslaufen der Förderung durch das Bundesprogramm sollen die einzelnen Häuser sich durch Dienstleistungen, Sponsorengelder und ähnliches selbst finanzieren können. Ist diese Perspektive realistisch?

Dr. Löhnert: Leider aus unserer derzeitigen Sicht nicht. Das Programm hat sozusagen die Macke, dass es nach fünf Jahren endet. Danach darf das, was geschaffen wurde, aber nicht wieder in sich zusammenbrechen. Dafür engagiert der Paritätische sich schon jetzt. Ganz klar ist: Die Mehrgenerationenhäuser, in Berlin gibt es derer neun, von denen sieben dem Paritätischen angehören, brauchen eine solide Basisfinanzierung – auch wenn es vielen gelingen

wird, über Einnahmen aus Dienstleistungen selbst Geld einzuspielen.

Bislang gibt es aber noch kein Überleitungsmanagement für die Zeit nach dem Aktionsprogramm, sodass viele Aktive in den Mehrgenerationenhäusern Sorge haben, dass es danach nicht weitergehen könnte und gute Strukturen sowie bewährte Angebote für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr weitergeführt werden können. Um dies zu verhindern, wird der Paritätische rechtzeitig vor Auslaufen des Bundesprogramms versuchen, eine nachhaltige Perspektive für die Häuser zu entwickeln. Derzeit beginnen wir, diesen Gedanken offensiv in Gespräche mit dem Land und den Berliner Bezirken hineinzutragen. UB

Zuerst fiel die Trennwand

In Dummerstorf nähern sich die Generationen langsam an

Jeder kannte jeden. So war das früher auf dem Dorf. Auch in Dummerstorf in Mecklenburg-Vorpommern. Heute pendelt die Hälfte des 2.000-Seelen-Orts zur Arbeit nach Rostock. Übrig bleiben die Jungen und die Alten. Bis November 2007 trafen sie sich in getrennten Häusern. Das ist jetzt anders.

Die Wand muss raus. Das war Angelika Blümecke sofort klar. Als sie im Juni 2007 die Leitung des Mehrgenerationenhauses Dummerstorf übernahm, waren es noch zwei Häuser. Draußen stand zwar schon länger das Wort „Gemeindezentrum“, drinnen aber kümmerten sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen jeweils um ihren Bereich. In der ehemaligen Gaststätte aßen mittags Schulkinder und auch einige Erwachsene. Im hinteren Trakt hatten die Jugendlichen ihr Reich, vorne trafen sich die Seniorinnen und Senioren. Dazwischen stand die Wand. Das Glück war, dass das Haus mit allen Angeboten, mit fünf angestellten und sechs ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen zum Arbeiter Samariter Bund Regionalverband Warnow-Trebeltal e. V., gehört. So lag es nahe, sich für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser der Bundesfamilienministerin zu bewer-

ben. „Wir hätten nie gedacht, dass wir auf dem Dorf den Zuschlag bekommen“, sagt Kerstin Scheiner, die Bereichsleiterin Soziales.

Heute ist die Wand weg. Draußen klebt zusätzlich das Schild „Mehrgenerationenhaus“, drinnen begegnen sich die Generationen, und die Mitarbeiterinnen wachsen zum Team zusammen. Ihre gemeinsame Vision: Wir wollen der Dorf-Mittelpunkt sein.

Mittags um zwölf ist der Eingang des Gemeindezentrums voller Schulranzen. Im Café Kanne, wie die ehemalige Kneipe und der jetzige offene Treff heißt, drängeln sich Schulkinder an der Essensausgabe. 120 Kinder essen hier täglich. Heute ist Wiener Schnitzel mit Nudeln der Renner. Noch ein Möhrensalat und ein Fruchtquark aufs Tablett, und die Jungen und Mädchen verkrümeln sich an die Tische. Früher fanden Alina, Annika und Katja den Raum doof. Die Wände waren weiß, es

gab keine Bänke und keine Spielsachen, sagen sie. Jetzt dürfen sie sogar zwischen zwei Essen wählen. Und: „Die Frauen im Café sind total nett.“

Als das Mehrgenerationenhaus im November 2007 eröffnet wurde, waren die drei Elf- und Zwölfjährigen dabei. Sie hatten zuvor mit ihrer Klasse einen Tanzkurs im Jugendclub gemacht und durften vor großem Publikum auftreten. Ihre Mütter haben zugeguckt.

Angelika Blümecke sitzt in einer Nische auf einer rot gepolsterten Bank.





Grabungsarbeiten für die Pflanzaktion im Generationengarten des Mehrgenerationenhauses Dummerstorf bei Rostock

Foto: Privat

Die Diplomkulturwissenschaftlerin erinnert sich, wie sie zum ersten Mal in dem riesigen Raum saß und auf die weißen Wände, die abgewetzten Stühle und den nackten Stahlresen blickte. „Der war richtig hässlich“, sagt sie. Trotzdem entscheidet sie damals: Hier kommt das Café rein.

Sie holt sich Fachleute ins Boot: den Tischlermeister aus dem Nachbarort, eine Künstlerin aus dem Dorf und einen Experten für Lichtgestaltung von der Fachhochschule Wismar. Gemeinsam zaubern sie einen Raum, der bis ins Detail liebevoll gestaltet ist. Gelb getönte Wände, die Theke rot-orange verkleidet, vor den Fenstern pastellfarbene Organzabahnen. Eine Spielecke mit Höhlen, versteckter Wandtafel und einem Hahn, der schaukelt. An einer Wand ein buntes Dominospiel, an der anderen Bilder von Segelbooten. „Heute kommen 20 bis 30 Erwachsene mehr zum Mittagessen als früher“, sagt Petra Radke, die Chefin des Café Kanne. An zwei Nachmittagen servieren sie und ihre Mitarbeiterinnen auch Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Anfangs kamen die, die immer schon da waren. Im Café Kanne probt der ASB-Chor, einmal im Monat spielen die Senioren Bingo und treffen sich zu

thematischen Veranstaltungen, alle zwei Wochen häkelt, strickt und stickt die Handarbeitsgruppe – ältere Damen und seit Kurzem auch ein paar Mädchen. Die Jugendlichen klönen und kichern in ihrem Club.

Mittlere Generation ins Haus locken

Um die mittlere Generation ins Haus zu locken, lässt sich Angelika Blümecke viel einfallen. So bietet die Volkshochschule Bad Doberan im kleinen Klubraum Englisch- und Spanischkur-



Angelika Blümecke, Leiterin des Mehrgenerationenhauses
Foto: Gerlinde Geffers

se an. Im Kochstudio lernen Hobbyköchinnen, wie man kunstvoll Sushi rollt. Jeden Donnerstag lassen sich Arbeitslose bei der Job-Info beraten, die ein Bad Doberaner Verein anbietet. Eine Tagesmutter turnt montags mit Kleinkindern. Ein Musiker bietet einen Keyboardkurs an, eine Yogalehrerin lehrt Pilates und Yoga. Mal liest ein örtlicher Geschichtschreiber aus seinem Buch, mal informiert die Volkshochschule über Patientenverfügung, mal spielt, wer mag, Gesellschaftsspiele. Und einmal im Monat treffen sich junge Familien mit agilen Rentnerinnen und Rentnern, um Großelternpatenschaften anzubahnen. Was auch immer sie plant – Angelika Blümecke schreibt es der Presse. So sickert langsam aber stetig die Botschaft ins Dorf: Im Gemeindezentrum ist etwas los. Die Wirkungsforscher des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser würden das Dummerstorfer Gemeindezentrum wohl ein aktivitätsorientiertes Haus nennen. Es ist offen für alle, und alle Generationen kommen. Allerdings: Es gibt bislang noch wenig Miteinander. Das sieht auch Angelika Blümecke so. „Es ist sehr schwer, Jung und Alt zusammenzubringen“, meint sie. Doch sie hofft: Ab Frühjahr wird das anders

sein. Dann nämlich wird der Generationengarten endlich blühen und zum Treffpunkt werden. Der Garten ist das neueste Projekt der Organisationskünstlerin Blümecke. Dafür hat sie Geld aus dem Fonds für Kleinprojekte locker gemacht. Als sie auf der neu gepflasterten Terrasse steht, hat sie alles schon vor Augen. Auf der Terrasse werden sich junge Mütter zum Kaffee treffen, nachdem sie ihre Kinder am benachbarten Fußballplatz abgeliefert haben. Die Seniorinnen gönnen sich ein Eis. Kinder hangeln in der Netz-

schaukel auf der Wiese, die Jugendlichen spielen in ihrer Ecke Tischtennis. Oder hocken auf ihrer Art von Bänken: statt Sitz und Lehne einfach zwei Baumstämme. In den Beeten werden schon im März die ersten Frühblüher sprießen. „Die Leute kommen einfach her und treffen sich“, stellt sich Angelika Blümecke vor. Und wenn die ersten erzählen, wie schön es hier ist, dann werden sich alle im Dorf sagen: Da muss ich auch mal hin.

Gerlinde Geffers

Kontakt

MehrGenerationenHaus
 Gemeindezentrum Dummerstorf
 Gustav-Frölich-Allee 20
 18196 Dummerstorf
 Tel.: 038208/803061
 E-Mail: mgh@asb-warnow.de

„Gemeinsam die Lebensfreude stärken“

Das Gesundheitshaus Gelsenkirchen arbeitet nach ganzheitlichem Ansatz

„Zusammen bringen wir es auf über 360 Lebensjahre!“ Wir, das sind Anni Adamczyk, Martha Duda und Emma Reinhardt mit ihren 91 Jahren und Elisabeth Kaipar, die schon 92 ist. Die vier Damen sind zweifellos die ältesten Besucherinnen des Mehrgenerationenhauses in Gelsenkirchen. Wenn's nicht gerade regnet oder schneit kommen sie dienstags nachmittags ins Gesundheitshaus an der Franziskusstraße, parken vor der Türe den obligatorischen Rollator und spielen im Café für Junggebliebene Backgammon oder Rommee, hören Vorträge oder lassen sich von einer Tanztherapeutin zum Sitztanz verführen.

Bessere Werbeträgerinnen als die mobilen alten Damen könnte sich das Mehrgenerationenhaus kaum wünschen. „Gemeinsam die Lebensfreude stärken, das ist unser Motto“, betont Ruth Chlebusch (76), die zusammen mit der 62-jährigen Karin Scoor ehrenamtlich den Kaffeemittag organisiert und dafür sorgt, dass immer etwas Leckeres auf dem Tisch steht. Noch kommt Ruth Chlebusch aus Gelsenkirchen-Buer mit dem Auto zum Gesundheitshaus. Aber einen Rollator hat sie sich sicherheits halber auch schon besorgt. „Ich weiß ja nicht, wie lange ich noch mit meinem Wagen fahren kann“, sagt sie und sucht in weiser Voraussicht auch schon nach einer seniorengerechten Wohnung in der Nähe. „In Buer habe ich zwar die Eichhörnchen auf dem Balkon, aber weit und breit kein Geschäft oder ähnliches. Da ziehe ich doch lieber hierher“, sagt die ehemalige Chefsekretärin der Gewerkschaft Bau, Stei-

ne, Erden, die nicht nur die Cafémittage im Gesundheitshaus schätzt, sondern beispielsweise auch schon an einem Kurs zur gesunden Ernährung teilgenommen hat.

Ganzheitlicher Gesundheitsbegriff

„Wir haben hier einen ganzheitlichen Gesundheitsbegriff und ein entsprechend breites Angebot“, sagt Helmut Lübbert, Geschäftsführer des Vereins Gesundheitshaus Gelsenkirchen e. V. 1994 entstand der Gedanke zur Gründung des Gesundheitshauses im Gelsenkirchener Stadtteil Bismarck. Ein hoher Anteil von Migrantinnen in der Bevölkerung, viele ältere Menschen, vor allem aber die hohe Arbeitslosigkeit in Folge der Montankrise und eine schlechte soziale Infrastruktur gaben den Ausschlag, die alte Bergbausiedlung und das benachbarte Schalke-Nord in das nordrhein-westfälische Handlungsprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“

aufzunehmen. Das Ziel: Die ökonomische, soziale und städtebauliche Situation in den beiden Ortsteilen und die Zukunftsperspektiven der dort lebenden Menschen sollten nachhaltig verbessert werden. Dazu wurde auch der denkmalgeschützte Lahrshof, ein ehemaliger Bauernhof, ausgebaut: Wo früher bereits kranke Bergleute der Zeche Consolidation behandelt wurden, entstand das Gesundheitshaus als Ort der Information, Gesundheitsbildung, Prävention und Gesundheitsförderung – für eine breite Zielgruppe: vom Säugling bis zum Senior.



Babytreff und Sport nach Schlaganfall

Dem ganzheitlichen Gesundheitsbegriff entspricht die bunte Palette von offenen Treffs und Kursen: vom Babytreff, den Hebamme Ursula Oswald begleitet, über Spielnachmittage für Jung und Alt, Pilates, Qi Gong, Tanzmeditation, Sport nach Schlaganfall, Kochkurse und künstlerische Workshops bis hin zum Café für Junggebliebene, das besonders die ältere Generation anzieht.

Schon bei seiner Gründung vor einem Jahrzehnt war das Gesundheitshaus als Mehrgenerationenhaus konzipiert. „Diesen Ansatz konnten wir jetzt mit der Förderung im Rahmen des Mehrgenerationen-Programms noch ausbauen“, sagt Geschäftsführer Helmut Lübbert, der zugleich Leiter der Abteilung Gesundheitsförderung der Stadt Gelsenkirchen ist. So werden jetzt beispielsweise Babysitter ausgebildet und ein Babysittervermittlungsdienst aufgebaut.

Pädagogische Betreuung

Einmal wöchentlich kommen Kinder aus der benachbarten Ganztagschule, die nicht an deren Nachmittagsangebot teilnehmen können, zum kostenlosen Mittagstisch ins Haus und können danach mit pädagogischer Betreuung spielen und mit Unterstützung engagierter Ehrenamtlicher ihre Hausaufgaben machen. „Bärenstarke Kinder“ heißt das Projekt, das auf Initiative der Selbsthilfekontaktstelle und Selbsthilfegruppen vom Blauen Kreuz, dem

Kreuzbund und den Anonymen Alkoholikern als Beitrag zur Suchtprävention entstanden ist und jetzt auch auf andere Stadtteile ausgeweitet wird. Auf vielfältige Weise lernen Jungen und Mädchen aus den Klassen eins bis vier, die oft aus benachteiligten Familien stammen, wie sie mit sich selbst gut umgehen können. Sie erfahren beim leckeren Mittagessen so manches über gesunde Ernährung, lernen Entspannungstechniken und haben bei Rollenspielen und Gruppengesprächen die Möglichkeit, über Konflikte in der Schule, den Streit mit Freunden oder andere Sorgen, aber auch über ihre Wünsche zu sprechen.

Ganz begeistert waren die Kinder, als Sozialpädagogin Christa Sayin mit ihnen eine Reise durch den Körper unternahm. „Alle haben sich auf große Papierbahnen gelegt, auf die dann die Körperumrisse der Kinder gezeichnet wurden. Diese haben die Kinder dann bunt ausgemalt und erzählt, welche Gefühle sie mit einzelnen Körperregionen verbinden. Wundersamer Weise haben gleich fünf Kinder den Bauch grün gemalt“, erzählt Christa Sayin. Alle waren von dieser Übung so in den Bann gezogen, dass die eingeplante Stunde viel zu kurz war und die Übung eine Woche später fortgesetzt wurde. „Ich bin jedes mal begeistert, wenn ich die Kinder erlebe“, betont Sozialpädagogin Sayin. „Sie sind mittlerweile zu einer Super-Gruppe zusammengewachsen. Die Kinder gehen sehr respektvoll und fair miteinander um und

Träger des Gesundheitshauses ist der gemeinnützige Verein Gesundheitshaus Gelsenkirchen e. V., der sich die Förderung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Gelsenkirchen zum Ziel gesetzt hat. Ihm gehören neben der Stadt Gelsenkirchen an: Apothekerverband Westfalen-Lippe e. V., Arbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser in Gelsenkirchen, ELE Emscher Lippe Energie GmbH, die Gelsenkirchener Wasser AG, die Qualitätsgemeinschaft Praxisnetz Gelsenkirchen und die Volksbank Ruhr Mitte eG.

Das Gesundheitshaus sieht sich als Bindeglied zwischen gesundheitsbewussten Bürgerinnen und Bürgern und den Anbietern von Leistungen der Gesundheitsförderung, wie Ärztinnen und Ärzte, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen oder Beratungsstellen.

helfen sich gegenseitig bei den Hausaufgaben. Jeder bringt seine besonderen Fähigkeiten ein.“

Prävention von Übergewicht

In Gelsenkirchen-Horst bietet das Gesundheitshaus seit einiger Zeit auch ein Projekt zum Thema Ernährung und Bewegung an, das „KINDERLEICHT-Quartier“. Es ist aus einem Wettbewerb des Bundesverbraucherministeriums entstanden und hat das Ziel, das Ernäh-



Gesundes Mittagessen für „Bärenstarke Kinder“



Auch wenn viele vor der Tür ihren Rollator geparkt haben, beim Sitztanz können auch die Besucherinnen des Cafés für Junggebliebene mitmachen.

Foto: Kornelia Hirsch

rungs- und Bewegungsverhalten von Jungen und Mädchen zu verbessern und neue Wege zur Prävention von Übergewicht bei Kindern zu erproben.

„Wir überlegen ständig, wie wir das Gesundheitshaus erweitern können und warten nicht darauf, dass die Menschen zu uns kommen. Wenn wir die Möglichkeit haben, gehen wir auch raus“, sagt Kornelia Hirsch, Leiterin der Selbsthilfekontaktstelle im Gesundheitshaus. Sie ist Anlaufstelle für rund 200 Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheitsbereich und unterstützt diese auf vielfältige Wei-

se. Über die Selbsthilfegruppenarbeit kommen auch viele ehrenamtlich Engagierte in das alte Bauernhaus, die sich am Programm des Gesundheitshauses beteiligen, das nach dem Einstieg ins Mehrgenerationenhaus-Programm jetzt vor einer neuen Herausforderung steht.

Totalsanierung steht an

Das Gebälk des alten Hauses ist morsch und einsturzgefährdet. Eine Totalsanierung ist notwendig – und der Umzug in ein Interimsdomizil auf dem Gelände des Gesundheitshauses: eine Contain-

nersiedlung im Stadtteilpark, in der das Gesundheitshaus weiter für seine Gäste da ist.

Ulrike Bauer

Kontakt

Gesundheitshaus Gelsenkirchen
 Franziskusstraße 18-24
 45889 Gelsenkirchen
 Tel.: 0209/9822320
 E-Mail: info@gesundheitshaus-gelsenkirchen.de
 www.gesundheitshaus-gelsenkirchen.de

Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen:

Anklam: Institut Lernen und Leben, Kindertagesstätte „Anne Frank“ (www.illev.de)

Aschaffenburg: Mütter- und Familienzentrum Aschaffenburg MütZe (www.mueteab.de)

Aue: Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum Aue e. V. (www.puschkinhaus-aue.de)

Bad Salzungen: Mehrgenerationenhaus des Sozialwerkes des Demokratischen Frauenbundes, Landesverband Thüringen (www.ffz-louise.de)

Barnstorf: Mehrgenerationenhaus Barnstorf (www.igel-barnstorf.de)

Beckum: Mütterzentrum Beckum

(www.muetterzentrum-beckum.de)

Berlin: Interkulturelles Familienzentrum AVA 17 (www.albatrosev.de); Kreativhaus (www.kreativhaus-tpz.de); Jugendfreizeiteinrichtung Floyd (www.mittelhof.org)

Nachbarschaftshaus Centrum (www.nachbarschaftshaus-centrum.de);

Kiezoase Nachbarschafts- und Familienzentrum

(www.kiezoase.de);

Camlik-Stadtoase Interkult. Mehrgenerationenhaus (www.ima-ev.org)

Bestensee: Familienservice für Benachteiligte

Bochum: Stadtteilzentrum

Dahlhausen (www.ifak-bochum.de)

Brandenburg an der Havel: Mehrgenerationenhaus Brandenburg an der Havel „Die Stube“

Braunschweig: Mütterzentrum/ Mehrgenerationenhaus Braunschweig (www.muetterzentrum-braunschweig.de)

Burg: Jugendwerk Rolandmühle gGmbH Soziokulturelles Zentrum (www.rolandmuehle-burg.de)

Cottbus: SOS Beratungszentrum Cottbus (www.sos-fz-cottbus.de)

(Fortsetzung auf Seite 19)

Alle Angaben, soweit sie für die Redaktion erhältlich waren

Wo Großeltern und Enkel gemeinsam tanzen

Das FNZ Neunkirchen hat eine breite Angebotspalette für die ganze Familie

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das „Eckneschd“ kaum von vielen Cafés in einer deutschen Kleinstadt. In den großen Fenstern stehen üppige Grünpflanzen. Die Wände sind in warmen Tönen gestrichen, das Holz-Mobiliar ist rustikal. Es riecht nach frisch Gebackenem. Doch das „Eckneschd“ ist etwas Besonderes: das Herzstück des ersten saarländischen Mehrgenerationenhauses – ein offener Treff für alle.

Seit 1. Oktober 2006 darf die Einrichtung des Vereins „Gesellschaft zur Förderung der Familien- und Nachbarschaftshilfe e. V.“ (FNZ) die Bezeichnung Mehrgenerationenhaus führen. Eine Auszeichnung, die mit einer Unterstützung von 40.000 Euro jährlich durch das Bundesfamilienministerium verbunden ist. Zugleich mit einer halbjährlichen „Qualitätskontrolle“, in der Angebot, Altersstruktur und die Nutzerzahlen überprüft werden.

„Als hier die Stahlproduktion eingestellt wurde“, erzählt Ingrid Janke, die wirtschaftliche Leiterin des FNZ, „verloren viele Menschen ihren Arbeitsplatz.“ Um die Orientierungslosigkeit, um Probleme und Nöte der Familien in der neuen Situation zu bewältigen, war Hilfe gefragt. 1987 gründete sich der Verein zur

Förderung von Familien und Nachbarschaftshilfe. Ein Verein, dessen Aufgaben ständig wuchsen. Selbsthilfe-Gruppen entstanden, Kinderbetreuung und Beratungsangebote wurden ausgebaut, Familienfreizeiten und Kulturveranstaltungen organisiert.

Heute treffen sich im „Eckneschd“ regelmäßig montags Senioren, dienstags die Guttempler-Gemeinschaft und mittwochs Mieter, die eine juristische Beratung benötigen. Gleich nebenan hat die Kinderkrippe ihr Domizil. 20 Jungen und Mädchen im Alter zwischen acht Wochen und drei Jahren werden dort von Fachkräften betreut, kostenlose musikalische Früherziehung inklusive. Acht Plätze gibt es in der „Betreuung am Tag“ für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsbeeinträchtigungen



oder psychosozialen Problemen. Mit ihnen arbeitet unter anderen Grafik-Designerin Doris Weber. „Wir helfen benachteiligten Kindern, ihre Kreativität zu entwickeln und damit zu mehr Selbstbewusstsein zu kommen.“ Während die Aufnahme eines Kindes in die „Betreuung am Tag“ vom Kreisjugendamt Neunkirchen befürwortet werden muss, können Jungen und Mädchen, die im Unterricht auffällig sind, die „Therapeutische Schülerhilfe“ schon in Anspruch nehmen, wenn diese von ihrem Klassenlehrer empfohlen wird. Ihr Ziel fasst Betreuer Rainer Wahlmann kurz zusammen: „Den Kindern vermitteln, dass wir sie mögen, auch wenn sie keine Einser haben.“

Qualifizierung für arbeitslose Frauen

Das FNZ bietet ferner in seinem Café und seiner Großküche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen. Ein Jahr lang werden derzeit zwölf Teilnehmerinnen im Alter zwischen 25 und 56 Jahren, viele davon alleinerziehend, in Service und Hauswirtschaft ausgebildet. An den Herden wird nämlich nicht nur der Mittagstisch für das Café zubereitet, sondern auch gesunde Kost für Krippen und Kindergärten, 170 bis 200 Essen täglich. Die Förderung durch die



Kreativ unterm Walddach – da werden die Ferien garantiert nicht langweilig.

Arge Neunkirchen, so Janine Wack, sei ein großer Vorteil für das Haus. „Sie ermöglicht uns die regelmäßigen Öffnungszeiten des Cafés“, sagt die pädagogische Leiterin. Damit ist das Angebot noch nicht erschöpft: In den Ferien veranstaltet das FNZ Freizeiten, in denen Jungen und Mädchen auf Entdeckungsreise gehen – mit Eltern oder Gleichaltrigen. Im kostenfreien Müttertreff gibt es Beratung für Schwangere und Mütter. Zu Ostern und Weihnachten Basteltreffs für die ganze Familie – und einmal im Quartal eine Disco, im Wechsel die U 13 für Kinder und die U 66, bei der Jung und Alt gemeinsam tanzen – nach Musik aus den 60ern und aktuellen Hits. „Das Angebot wird gut angenommen“, sagt Diplom-Betriebswirtin Ingrid Janke (52). Zöhre Akgünlü pflichtet ihr bei: „Das macht allen viel Spaß.“ Die 16-jährige Fachoberschülerin absolviert ein Praktikum im FNZ und schenkt bei der Disco Getränke aus. Das Miteinander von Jung und Alt zu fördern, ist Ziel der Mehrgenerationenhäuser. Der Weg, es zu erreichen, aber nicht ohne Hemmnisse. „Es ist nicht

leicht, ältere Menschen in unser Haus zu bringen“, sagt Janine Wack. „Die aktiven Senioren haben oft schon eine Aufgabe, die sie ausfüllt. Pflegebedürftige oder demenzkranke alte Menschen können wir aufgrund unserer Ressourcen leider nicht so erreichen, wie wir es möchten. Da diese uns nicht besuchen können, versuchen wir aber Veranstaltungen in Pflegeheimen zu realisieren.“ Für die 30-jährige Sozialarbeiterin sind die Hemmnisse eine Herausforderung, die sie mit ihrem Team aus 16 festangestellten MitarbeiterInnen auf mehreren Wegen angeht. Beispielsweise in der Kinderkrippe. „Eltern, die ihr Kind in unserer Einrichtung haben, müssen sich aktiv einbringen“, sagt sie. Pro betreutem Kind mit sechs Stunden im Monat. „Eine Aufgabe, die auch von Großeltern übernommen werden könnte“, stellt sich Wack vor – und wirbt verstärkt um ein Engagement der Senioren. „Das Konzept des FNZ hat mich überzeugt“, sagt Renate Kleer. Die 67-jährige frühere Gesamtschullehrerin hilft Grundschulern ehrenamtlich bei den Hausaufgaben.

Auch wenn das Familien- und Nachbarschaftszentrum auf seinen Aufruf „Alt hilft Jung, Jung hilft Alt“ eine gute Resonanz hatte, wünscht sich Janine Wack „dass sich eine Generation noch mehr zugunsten der anderen engagiert“. „Das braucht Zeit, viel Zeit“, sagt ihre Kollegin Ingrid Janke. Darüber, dass Mehrgenerationenhäuser mit Blick auf den demografischen Wandel und die sich verändernden Familienkonstellationen ein guter Weg sind, sind sie sich einig. Denn beide haben beobachtet, dass das FNZ seit es Mehrgenerationenhaus ist größere Aufmerksamkeit bekommt – und mehr Spenden.
Corinna Willführ

Kontakt

Familien- und Nachbarschaftszentrum
Vogelstraße 2, 66538 Neunkirchen
Tel.: 06821/27633
E-Mail: fnz-nk@t-online.de
www.mehrgenerationenhaeuser.de/
neunkirchen

LeseLust lässt sich lernen

Seminare des Paritätischen und der Stiftung Lesen vermitteln Know-how

Das Mehrgenerationenhaus der Klinik Schweriner See, ein Neubau, ist zwar noch nicht fertiggestellt, trotzdem nutzen Bürgerinnen und Bürger aus Lübstorf und der näheren und weiteren Umgebung schon jetzt die verschiedenen Angebote wie Ausstellungen, Lesungen und Seminare – halt nur in der Klinik nebenan. So auch heute: LeseLust – Vorlesen für Kinder vom Krippen- bis zum Hortalter“, lautet das Motto eines Vorlese-Seminars, das die Stiftung Lesen und der Paritätische Gesamtverband in der Klinik der Allgemeinen Hospitalgesellschaft anbieten.

Angereist zum Vorlese-Seminar sind Teilnehmende aus Hamburg und Lübeck, aus Schwerin oder den umliegenden Gemeinden. Ihre Motive für die Teilnahme sind ganz verschieden. So möchten sich zwei Frauen aus Lübstorf ehrenamtlich als Vorlese-Patinnen engagieren und benötigen Tipps für den Einstieg in das Vorlesen für Kinder. Eine Ham-

burger Schulbibliothekarin hofft, Beispiele für spannendes Vorlesen zu bekommen, um auch der Unruhe der Kinder entgegenwirken zu können. Einige Teilnehmerinnen lesen regelmäßig ihren Enkeln vor und kommen mit Fragen zu geeigneter Kinderliteratur. Auch bereits aktive Vorlese-Paten, unter ihnen eine Ärztin der Klinik, sind dabei. Susanne Hacker, Koordinatorin

des Mehrgenerationenhauses, und Jenny Görtz, Erzieherin der Kita der AHG Klinik Schweriner See, haben ein ganz konkretes Anliegen: Sie möchten das Seminar nutzen, um Ehrenamtliche für das neue Mehrgenerationenhaus zu gewinnen. Sie sehen beim Vorlesen großen Bedarf für freiwilliges soziales Engagement: Viele Kinder, welche die Krankenhaus-Kita besuchen, während

ihre Eltern als Patienten in der Klinik behandelt werden, kämen aus benachteiligten Familien, betont Jenny Görtz. Zu Hause werde ihnen nur selten etwas vorgelesen. „In der Kita gibt es so viel zu tun, dass Lesen und Vorlesen auch oft zu kurz kommen. Wir wünschen uns, dass Ehrenamtliche uns im neuen Mehrgenerationenhaus dabei unterstützen, die Kinder an Bücher heranzuführen. Wir möchten die Ressourcen der Älteren nutzen und von ihren Erfahrungen lernen.“

Referent Martin Gries, der gerade sein erstes Kinderbuch veröffentlicht hat, ist erstaunt über die große Vorlese-Erfahrung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Bei einer ersten Gesprächsrunde zeigt sich, dass alle lesebegeistert sind und diese Begeisterung an Kinder weitergeben möchten – ein Engagement, das dringend benötigt wird. Gries erläutert, dass einem Drittel aller Kinder weder in der Kita noch zu Hause vorgelesen werde, was für sie einen schwierigen Start in die Welt der Bücher zur Folge habe. Die Gruppe der sprachauffälligen Kinder sei größer geworden.

Gut für Sprachkompetenz und Sozialverhalten

Dem wollen die Stiftung Lesen und der Paritätische mit ihrer Aktion etwas entgegenzusetzen, denn: Vorlesen ist für die Konzentration, die Sprachkompetenz und das Sozialverhalten der Jungen und Mädchen von großer Bedeutung. Durch Vorlesen kann ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung der Kinder geleistet werden.

Seminarteilnehmer Rolf Theiß, ein Rentner aus Schwerin, sieht sich in seinem Engagement bestärkt. Er liest regelmäßig in sieben Schweriner Kitas, „vom Vorzeigekindergarten bis zum Kindergarten im sozialen Brennpunkt“. Theiß, der selbst keine Kinder hat, macht das Vorlesen großen Spaß. Er findet, dass zu wenige Ehrenamtliche Kindern vom Krippen- bis zum Hortalter vorlesen. „Gerade Männer fehlen. Das ist schade, denn sie kommen bei den Kindern besonders gut an, weil ihnen häufig eine männliche Bezugsperson fehlt.“

Nachdem Martin Gries Hintergründe



Referent Martin Gries hat Tipps zum Vorlesen auch auf Bildtafeln geschrieben.

des Vorlesens und Erzählens erläutert hat, stehen Vorlesetechniken und die Gestaltung einer Vorlesesituation im Mittelpunkt. Wie lange sollte eine Vorleseinheit dauern? Welche Sitzhaltung sollte der Vorlesende einnehmen, und wie sollten die Kinder sitzen? Wie kann gut damit umgegangen werden, wenn Kinder durch ständiges Nachfragen unterbrechen? Wie können Texte gekürzt werden? Gries geht auf diese und weitere Punkte ein.

Der wichtige Spannungsbogen

Ausführlich erläutert der Referent den Aufbau einer Vorleseinheit, denn vom Spannungsbogen hängt es ab, ob Kinder begeistert zuhören. Nach diesen Erläuterungen sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Reihe. In Kleingruppen lesen sie Texte aus Kinderbüchern und üben, einige der Hinweise gleich anzuwenden. Das Vorlesen klappt danach richtig gut. Das findet auch eine Redakteurin des Norddeutschen Rundfunks, die mit einem Aufnahmegerät vorbeigekommen ist, um in einer Radiosendung über das Vorlese-Seminar zu berichten.

Die Auswertungsrunde am Ende des Seminars zeigt, dass die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer voll erfüllt wurden. Begeistert hat sie

besonders die Ausstellung mit klassischen und neuen Kinderbüchern, die Martin Gries mitgebracht hat. Ohne Auswahlkriterien und Empfehlungen ist es angesichts der Fülle an Kinderliteratur fast unmöglich, geeignete Vorleseliteratur auszuwählen, sind sich alle einig. Durch die praxisnahen Tipps fühlen sich die Teilnehmerinnen wie die Hamburger Schulbibliothekarin beim Vorlesen gestärkt. Selbst Rolf Theiß, eigentlich schon „Vorleseprofi“, hat neue Anregungen gewinnen können. Auch für Susanne Hacker und Jenny Görtz ist das Vorlese-Seminar ein großer Erfolg: Es hat mehrere Teilnehmerinnen, die bislang noch nicht vorlesen, zu der schönen und bereichernden Vorlesetätigkeit ermutigt. Und dies möchten sie künftig im neuen Mehrgenerationenhaus der Klinik Schweriner See tun!

Jenny Bonin

Kontakt

Nähere Informationen zu den LeseLust-Seminaren erhalten Interessierte beim Paritätischen Gesamtverband bei Fachreferentin Jenny Bonin
Tel.: 030/24636434
E-Mail: migsoz@paritaet.org.

„Zwischenheimat“ mit Nestwärme

Mehrgenerationenhaus in Tübingen ist für Migranten in allen Lebenslagen da

Es duftet nach Kaffee. Fathiya aus dem Sudan, Cheu aus Hongkong und Linus aus Schweden hocken entspannt an einem Tisch im Tübinger Mehrgenerationenhaus, plaudern, lachen. Linus hat einen Brief dabei, die Nachricht über seine Steueridentifikationsnummer. „Was hast du da für ein Schreiben? Ouuh, Steuer ...“ Für das Anteilnehmen, die freundliche Neugier, die heitere Reaktion, den Gedankenaustausch überhaupt müssen sich die drei einer fremden Sprache bedienen: Deutsch.

Deutsch ist das Idiom des Landes, das ihnen eine neue Heimat werden soll. Deswegen haben Fathiya, Cheu und Linus beim Trägerverein des Mehrgenerationenhauses InFö (siehe Kasten) einen Integrationskurs belegt, wie vor ihnen bereits rund 300 andere Migrantinnen und Migranten sowie Aussiedler, die im Landkreis Tübingen leben. In der Hölderlin-Stadt lernen sie ein halbes Jahr lang täglich eifrig Vokabeln, Konversation und Staatsbürgerkunde. Alle Anstrengungen sind auf ein Ziel ausgerichtet, auf das Bleiben und Zurechtkommen in Deutschland.

InFö

InFö steht für „Initiative zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Bildungs- und Freizeitbereich e. V.“. Der 1983 von Pädagoginnen und Pädagogen gegründete Verein hat im Juli 2008 sein Interkulturelles Mehrgenerationenhaus eingeweiht. Das Haus beherbergt Kindergarten, Tagescafé, Unterrichts- und die InFö-Geschäftsräume. Zum Angebot gehören neben Betreuung von Migrantinnen und Migranten (inklusive Integrationskursen) unter anderem Nachhilfe und Kurse zur Prüfungsvorbereitung für SchülerInnen, Sprachkurse, „Activitykurse“ (Vorbereitung junger Leute auf das Arbeitsleben) und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten (Gemeinwohlagentur).

Der Weg dorthin ist beschwerlich, und niemand weiß mehr um seine Unebenheiten als InFö-Geschäftsführerin Margarete Lanig-Herold und ihre MitstreiterInnen: Die Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Hauptanliegen des Mehrgenerationenhauses. Während Linus, Fathiya und Cheu ihre Unterrichtspause genießen, hört Margarete Lanig-Herold am Nachbartisch den Sorgen einer aus Sri Lanka stammenden Familie zu: Die junge Mutter hatte alle Voraussetzungen für den begehrten deutschen Pass erfüllt. Doch der zuständige Behördenvertreter meinte, sie möge ihre Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bitteschön noch mündlich darlegen. Wie sich das mit dem Alltagsdeutsch aus dem Integrationskurs formulieren lässt, verriet er nicht.

„Aber diese Hürde packen wir auch noch“, ist die InFö-Geschäftsführerin überzeugt. Ein Fall für einen der 16 Einbürgerungspaten von InFö. Diese Frauen und Männer, von Alter und



Herkunft her bunt gemischt, helfen Zugewanderten beim Fragenwust des Einbürgerungstests, von Nachbar zu Nachbar sozusagen.

Begegnungen, Gemeinschaft: Im familiären Miteinander des Mehrgenerationenhauses finden Migrantinnen und Migranten in Tübingen eine Art „Zwischenheimat“ zwischen dem alten, weit entfernten Zuhause und dem neuen, in dem sie noch nicht richtig angekommen sind.

Das Herz dieses Miteinanders schlägt im hellen Tagescafé, das zudem eine Spielecke für Kinder, eine kleine Leih-

Zeitungspause bei Butterbrezel und Kaffee: Tatjana Miljevic, verantwortlich für das Tagescafé im Mehrgenerationenhaus, InFö-Geschäftsführerin Margarete Lanig-Herold und die Pädagogin Fatima El Makrini (von links nach rechts)
Foto: InFö



bücherei und die begehrte PC-Station beherbergt. An den Wänden hängen Pinntafeln mit einer Tauschbörse, mit Informationen zu Jobs, Ärzten, für Migranten im Alter. Eine kleine Veranstaltungsreihe mit Kinoabend und Stammtisch unterstreicht: Hier ist ein Treffpunkt, in dem alle Alt- und Neutübinger willkommen sind.

Zu der Nestwärme in dem 500 Jahre alten Haus will die amtsdeutsche Bezeichnung „Migrantenerstberatungsstelle“ überhaupt nicht passen. Der Beistand „in allen Lebenslagen“ erfolgt informell. Feste Termine beispielsweise gibt's nicht. Einfach da zu sein, hat Margarete Lanig-Herold gelernt, harmoniert mit den Zeitvorstellungen ihrer Klientel viel besser. „Ich bin den ganzen Tag hier“, sagt sie. „Wer kommt, wird beraten.“ Und es funktioniert. Ob es um Arbeit, finanzielle Probleme, Wohnungssuche oder Gewalt in der Familie geht, Verständigungsschwierigkeiten gibt es so gut wie nicht: Im Mehrgenerationenhaus sind „alle gängigen Sprachfamilien vertreten“, so die Geschäftsführerin. „Zur Not nehmen wir Hände und Füße zu Hilfe.“

Nebenbei hat InFö eine Online-Beratung aufgebaut. „Seitdem erhalten wir noch mehr Anfragen, auch aus dem Ausland“, berichtet Margarete Lanig-Herold. Ach ja, weil viele „seiner“ Migrantinnen und Migranten mit deutschen Webseiten nicht zurechtkommen, entwickelt der Verein über seinen Internetauftritt eine leicht zu navigie-

rende „Wissensbörse“ mit Infos und wichtigen Links – weiteres Rüstzeug für ein selbstständiges Leben in der neuen Heimat. Der bedeutendste Schritt in diese Richtung bleibt jedoch, eine Arbeitsstelle zu finden. Wahrlich kein leichtes Unterfangen. Bewerbungen schreiben, Zeugnisse übersetzen, bisherige Qualifikationen prüfen – „da tut sich meist ein Fächer von Problemen auf“, weiß Margarete Lanig-Herold. Dazu die bittere Erfahrung, abgelehnt zu werden, nur weil man fremd ist. Umso mehr soll das Mehrgenerationenhaus Menschen mit Migrationshintergrund ein Platz sein, „wo sie Selbstbewusstsein gewinnen, ihre Fähigkeiten üben können“, betont die Pädagogin Fatima El Makrini. Wie der junge Südamerikaner, der Richtung Medientechnik strebt und demnächst im Tagescafé eine „Radio-Lounge“ veranstaltet.

Türöffner zur Arbeitswelt

TeilnehmerInnen des Integrationskurses können nebenher auch einen „PC-Führerschein“ machen. Als „Gemeinwohlagentur“ vermittelt InFö den Zuwanderern außerdem „Arbeitsgelegenheiten“. Dass solche „Ein-Euro-Jobs“ als Türöffner zur deutschen Arbeitswelt taugen, zeigt das Beispiel von Tatjana Miljevic aus Serbien. Sie blieb nach ihrem Sprachkurs bei InFö als Service- und Küchenkraft. Jetzt ist die alleinerziehende Mutter festangestellt und managt das Tagescafé.

Migranten in Lohn und Brot bringt

Kontakt

InFö
Mauerstr. 2
72070 Tübingen
Tel.: 07071/33005
info@infoe-tuebingen.de
www.infoe-tuebingen.de

InFö zudem über ein ungewöhnliches Projekt: eine Qualifizierung für die Altenpflege. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen dabei selbst schwäbische Alltagsbegriffe wie „Gselz“. „Sie müssen ja wissen, dass die Leute bei dem Wort Marmelade wollen“, sagt Fatima El Makrini, die das Projekt leitet. Der Kooperationspartner, die Altenhilfe Tübingen, hat bereits zehn Pflegekräfte übernommen. „Über diesen Weg“, so die Pädagogin, „hofft die Altenhilfe, auch Migranten als künftige Kunden zu gewinnen.“

InFö hat diese Gruppe ebenfalls im Blick – und eine Lücke gefüllt: Eine mehrsprachige Broschüre verrät Migrantinnen und Migranten, wo sie ein zu ihren Ernährungsgewohnheiten passendes „Essen auf Rädern“ bestellen können. Für alte Zuwanderer, deren traditionelle Familienstrukturen zu bröckeln beginnen, versteht sich das Mehrgenerationenhaus als Anlaufstation. Denn an die üblichen „deutschen“ Einrichtungen, weiß Fatima El Makrini, „trauen sich die meisten nicht heran.“

Bernd Kleiner

Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen

Dannenberg: Mehrgenerationenhaus Dannenberg

(www.familienzentrum-dan.de)

Domnitzsch: Mehrgenerationenhaus Domnitzsch-Mittelschule

(www.asb-to.de)

Dortmund: Mütterzentrum

Dortmund (www.muetterzentrum-dortmund.de)

Dummerstorf: Mehrgenerationenhaus Dummerstorf Gemeindezentrum (www.asb-ostsee.de)

Eching: Alten Service Zentrum

Eching (www.asz-eching.de)

Elmshorn: Dittchenbühne

(www.dittchenbuehne.de)

Flensburg: Mehrgenerationenhaus

Süderlücke (www.ads-flensburg.de)

Frankfurt a. M.: Kinder im Zentrum

Gallus (www.kiz-gallus.de)

Freilassing: Quatiersbüro Freilassing

(www.startklar-schaetzel.de)

Freital: „Regenbogen“ Familienzentrum

(www.regenbogen-freital.de)

Friedberg: NOKI (Notkindergarten)

der FAB gGmbH für Frauen Arbeit Bildung (www.fab-wetterau.de)

Fürth: Mütterzentrum Fürth

(www.muetterzentrum-fuerth.de)

Gelsenkirchen: Gesundheitshaus Gelsenkirchen (www.gesundheits-haus-gelsenkirchen.de)

Germering: Germeringer Insel

(Zenja-Zentrum für Jung & Alt)

(www.mgh-germering.de)

Großräschen: Arbeitslosen- und

Familienservice-Einrichtung

Großräschen

Guben: Haus der Familie

Hagen: Ein Haus für Kinder

(www.kinderschutzbund-hagen.de)

(Fortsetzung auf Seite 21)

Dienstleistungen für jede Lebensphase

Vielfältiges Angebot im Alten- und Servicezentrum in Eching

„Wir heißen jetzt so, wie wir uns immer gefühlt haben“, sagt Siglinde Lebich, Geschäftsführerin des Alten- und Servicezentrums (ASZ) in Eching, das seit Februar 2007 die Plakette „Mehrgenerationenhaus“ tragen darf.

Tatsächlich bietet das Haus bereits seit seiner Eröffnung im Jahr 1995 Dienstleistungen für jedes Lebensalter. Doch seit Ernennung zum Mehrgenerationenhaus des Landkreises Freising werden Bedarfe in Koordination mit anderen Trägern noch systematischer analysiert und entsprechende Angebote oft in Kooperation entwickelt.

„Heute sind mehr jüngere Besucher zu sehen als früher“, beobachteten die sechs Teilnehmer des „Spanischkurses“, die seit drei Jahren zum Unterricht ins ASZ kommen. Auf die Frage, an welchen Angeboten sie sonst noch teilnehmen, entfährt den „Un-Ruheständern“ nur ein erstauntes: „Ja, kennen sie denn das Programm nicht?“ So als müsse jedem, der das umfangreiche Angebot aus Ausflügen, Vorträgen, Filmvorführungen, Kursen und Kulturveranstaltungen kennt, klar sein, dass man so oft wie möglich kommt. „Wissen Sie, das Programm richtet sich ja nach unseren Bedürfnissen“, erklärt eine Teilnehmerin die Häufigkeit ihres Besuches – bis zu dreimal pro Woche.

Nach dem Kurs sitzen die Spanisch-Lernenden, wenn möglich, noch gemütlich im Offenen Café des Hauses. Immer häufiger spielen da nun auch kleine Kinder, deren Mütter sich auf einen Schwatz treffen oder nach dem eigenen Kurs zusammensitzen, etwa nach der Babymassage oder PEKIP, dem Prager Eltern Kind Programm. Zur Mittagspause gesellen sich Angestellte und Arbeiter aus der Umgebung ins Café mit Mittagstisch dazu. Und natürlich auch Bewohner des Hauses.

Betreutes Wohnen

Die obersten beiden Etagen gehören dem Betreuten Wohnen. In einer Galerie rund um den überdachten Lichthof reihen sich 21 einheitliche und doch individuell wirkende Wohnungen. Die Bewohner des obersten Stockes können ihre Dachterrassen frei gestalten. Das Pendant im Stock darunter sind Wintergärten. Farben erleichtern die Orientierung: Blaue Türen geben dem 2. Stock ein freundliches Gesicht, rote dem dritten. Außer den Wohnungstüren ist



auch ein Fenster zur Galerie und damit zum Gemeinschaftsleben hin ausgerichtet. Wer vor seine Tür tritt, kann einen kleinen Spaziergang auf der Galerie rund um den Lichthof genießen oder sich orientieren, was im Erdgeschoss gerade so läuft: im Café, gegenüber in der Sitzecke mit Kamin oder hinter den Glastüren der Bibliothek. Frau Stuhlmann wohnt seit Jahren mit ihrem Mann hier, fühlt sich wohl und freut sich über junge Gesichter im Haus. Nur jetzt hat sie es eilig, noch vor der Mittagspause in die Praxis für Krankengymnastik in den Keller zu kommen. Neben dieser Praxis liegt ein schön eingerichteter Gymnastikraum mit Sprossenwänden, Spiegeln und Spezialboden, den außer Senioren auch Jugendliche zum Tanzen oder Kinder zum Turnen nutzen dürfen. Im therapeutischen Becken nebenan planschen auch Babies. Ob Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl – die Flure und Türen sind für alle breit genug.

„Älter werden in Eching“

„Ein niedriger Türgriff ist für Rollstuhlfahrer wie Kinder gleichermaßen gut, ohne Barrieren gibt es Freiheit für alle“, ist ASZ-Geschäftsführerin Siglinde Lebich überzeugt. Sie hat die Planung des Hauses bis ins letzte Detail begleitet. 1989 hatte sie den Verein „Älter werden in Eching“ mitgegründet, weil es in



Im überdachten Innenhof hat die Runde der Skat-Fans ein gemütliches Plätzchen gefunden – die Architektur verbindet Offenheit und Wärme.



Für Jungs gab's in Eching schon genügend Angebote, für Mädchen waren sie dünn gesät. In Kooperation mit der Nachbarschaftshilfe entstand der „girl's club“.

Eching noch kein einziges Angebot speziell für Senioren gab. Doch schließlich kamen der wirtschaftliche Aufschwung um München mit Einwohnerzuwachs und ein sozialdemokratischer Bürgermeister, der Gelder gezielt in soziale Dienste pumpte. Unter ihm wandelte sich Eching zur Vorzeige-Gemeinde mit Bürgerhaus, Sozialpädagogen an den Schulen und einer ausreichenden Anzahl an Kindergartenplätzen – trotz anhaltendem Zuzug. Um ein Alten- und Servicezentrum aufzubauen, beauftragte der Bürgermeister drei Fachfrauen mit der Planung: aus der Verwaltung, aus der Begleitforschung und aus der Altenhilfe-Praxis, nämlich Siglinde Lebich. Das Gebäude von 1995 könnte heute noch Modell sein für eine Architektur, die Offenheit und zugleich Wärme vermittelt, Begegnungen ermöglicht und Rückzugsmöglichkeiten bietet sowie Räume, die von allen Altersklassen gleichermaßen geschätzt und genutzt werden. Der Verein „Älter werden in Eching“ ist Träger des Hauses. In seinem Vorstand sind alle, die soziale Arbeit am Ort leisten: Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nachbarschaftshilfe und Kommune. Eine ideale Grundlage für ein Haus, das sozialen Service für Menschen jeden Alters anbietet.

Koordination und Kooperation

Weil in den letzten Jahren soviel entstanden ist, braucht es eine gute Koordination und Kooperation zwischen den Trägern, um nicht am Bedarf vorbei zu planen. So gibt es zum Beispiel für Jungs genügend Angebote in Vereinen, und Großeltern brauchen keine Leih-Opas und -Omas, Väterstammtisch oder Jungengruppen rasch wieder aus der Ideensammlung gestrichen. Bedarf dagegen hatten die Mädchen. So entstand nach Eröffnung des Mehrgenerationenhauses in Kooperation mit der Nachbarschaftshilfe der „girl's club“. Viele Angebote werden zwar von Ehrenamtlichen oder Honorarkräften geleitet, aber von Hauptamtlichen begleitet. „Hier arbeiten Ehren- und Hauptamtliche auf Augenhöhe miteinander“, lobt Sonja Riemensperger, seit 15 Jahren Vorsitzende der Nachbarschaftshilfe Eching, die Zusammenarbeit.

Bedarf frühzeitig erkennen

Die enge Begleitung durch die Hauptamtlichen hat vor allem den Sinn, frühzeitig Bedarfe zu erkennen. „Vielen Senioren fällt es schwer, ausdrücklich um Hilfe zu bitten“, erzählt Klaus-Dieter Walter, stellvertretender Leiter des ASZ,

„doch bei der Brotzeit auf dem Radlausflug erzählen sie von ihrer Not.“ Dann hat er als Hauptamtlicher ein offenes Ohr, stimmt entweder sein Angebot neu ab, weist auf Vorhandenes hin oder bringt Angebot und Nachfrage zueinander. So vermittelte er einem 70-Jährigen, den er von einer Wanderung kannte, eine alleinerziehende Mutter als Haushaltshilfe. Das ASZ nahm die 30-Jährige als Mitarbeiterin in seine „mobilen sozialen Dienste“ auf. Der 70-Jährige freute sich vor allem über die Besuche der Kinder, die mit der Mutter zu ihm kamen. Über die Arbeitsbeziehung hinaus entstand eine Freundschaft.

„Sozialer Bienenstock“

Die Praxis des Echinger Hauses entspricht der Vorstellung der Bundesfamilienministerin von Mehrgenerationenhäusern als „sozialen Bienenstöcken“: „Der Honig, den sie produzieren, sind menschliche Beziehungen, Weitergabe von Kulturwissen und Hilfe untereinander.“ Stolz 12.000 Besucher zählt die Einrichtung in der 13.000-Einwohner-Gemeinde pro Jahr! Und viele von ihnen wollen geben und nehmen. Zum Beispiel die Theatergruppe. Seit zwölf Jahren darf sie kostenlos in den Räumen des ASZ proben und bereichert dafür das Programm des Hauses mit zwei öffentlichen Aufführungen im Jahr. Für Margot Leitl, von Anfang an dabei, ist das Mehrgenerationenhaus ein Stück Heimat geworden. Schließlich lebte ihre Mutter bis zu ihrem Tod im Betreuten Wohnen des ASZ. Als Dank übernimmt die 73-Jährige einmal im Jahr den Programmpunkt: „Echinger kochen für Echinger“. „Klar, einmal im Jahr kochen wir“, sagen auch die TeilnehmerInnen des Spanischkurses und sehen ihren Einsatz als eine Sache der Ehre.

Gisela Haberer

K o n t a k t

Alten Service Zentrum
Mehrgenerationenhaus
Bahnhofstr. 4, 85386 Eching
Tel: 089/327 14 20
e-mail: info@asz-eching.de
www.asz-eching.de

Mehrgenerationenhäuser im Paritätischen:

Hahnstätten: KREML Kulturhaus, Kultur & Modernes Lernen e. V. (www.kreml-kulturhaus.de)

Hamburg: Mehrgenerationenhaus Nachbarschatz (www.nachbarschatz.de); Mehrgenerationenhaus Elbschloss an der Bille (www.bgfg.de)

Hameln: Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Hameln (www.muetter-zentrum-hamel.de)

Hamm: Mehrgenerationenhaus Hamm der OUTLAW gGmbH (www.hamms-mgh.de)

Harzgerode: Kindertagesstätte „Regenbogenland“ (www.twsd-sa.de)

Herne: Circus Schnick-Schnack (www.schnick-schnack.de)

Kassel: Heilhaus Kassel gGmbH (www.heilhaus.org)

Kindelbrück: Soziales Zentrum der Generationen Kindelbrück (www.thepra.info)

Kirchberg: Familienzentrum Kirchberg im Haus der Parität (www.sbbz.de)

Landau: Deutscher Kinderschutzbund Landau SÜW e. V., Stadtteiltreff D18 (www.blauer-elefant-landau.de)

Langen: ZenJA Zentrum für Jung und Alt (www.zenja-langen.de)

Lohfelden: ASB Lohfelden-Söhre www.asb-lohfelden.de

Lübstorf: Mehrgenerationenhaus Lübstorf (Klinik Schweriner See)

Lüb: Freizeitzentrum „Mobil“ Lüb (www.jfv-pch.de)

Lutherstadt Eisleben: Deutscher Kinderschutzbund Mansfeld-Südharz Kinder- und Jugendhaus „Sternschnuppe“ (www.kinderschutzbund-msh.de)

Mannheim: Paritätischer Wohlfahrtsverband Mannheim (www.paritaet-ma.de)

Merzig: SOS Kinderdorf Saar (www.sos-kd-saar.de)

Mitterteich: Altentagesstätte Kellnerhaus (www.mitterteich.de/mehrgenerationenhaus.html)

Mönchengladbach: Mehrgenerationenhaus im Paritätischen Zentrum Mönchengladbach (www.moenchengladbach.paritaet-nrw.org)

Mössingen: Mütter- und Familienzentrum (www.muetterzentrum.moessingen.org)

München: SOS Mütterzentrum Neuau-
bing (www.sos-mz-neuaubing.de)

Neu Wulmstorf: „Frauen- und Mütterzentrum Neu Wulmstorf, Courage e. V.“ (www.mehrgenerationenhaeuser.de/neu-wulmstorf)

Neuburg (an der Donau): Bürgerverein Ostend (www.buergerverein-ostend.de)

Neuhaus: Volkssolidarität Südthüringen e. V., Geschäftsstelle Neuhaus am Rennweg

Neunkirchen: Familien- und Nachbarschaftszentrum (FNZ) (www.fnz-nk.de)

Neustadt in Sachsen: ASB Mehrgenerationenhaus

(www.asb-neustadt-sachsen.de)

Nordhausen: Lift gGmbH/Treff MEGEHA (www.megeha.de)

Nürnberg: SOS Jugendhilfen Nürnberg-Fürth-Erlangen

(www.sos-jh-nuernberg.de)

Oelsnitz: Mehrgenerationenhaus Oelsnitz (www.vs-plauen.de)

Oldenburg: Mehrgenerationenhaus „Sieben Eichen“ (www.mehrgenerationenhaus-oldenburg.de)

Pattensen: Mehrgenerationenhaus Pattensen

(www.mobile-pattensen.de)

Prenzlau: Nordlicht Prenzlau (www.impuls-nordlicht.de)

Radebeul: Familieninitiative Radebeul (www.familieninitiative.de)

Rastatt: Lunette 42, Zentrum für Familienbildung, Frühförderung u. Kultur (www.reha-suedwest.de/famzra)

Salzgitter: SOS-Mütterzentrum Salzgitter (www.sos-mz-salzgitter.de)

Schleswig: Mehrgenerationenhaus Schleswig (www.kibis-sl.de)

Schönebeck: Familienzentrum „Malzmühle“ Rückenwind (www.rueckenwind-schoenebeck.de)

Seefeld: Nachbarschaftshilfe Seefeld (www.nbh-seefeld.com)

Seesen: VAMV Ortsverband Seesen (www.vamv-seesen.de)

Sondershausen: Frauen- und Begegnungsstätte Düne (www.duene-ev.de)

Spremberg: Kita Grünschnäbel

Stadroda: Bildungswerk Blitz (www.bildungswerk-blitz.de)

Staßfurt: Seniorenbegegnungsstätte der Volkssolidarität (www.volkssolidaritaet.de/cms/volkssolidaritaet_sachsen_anhalt.html)

Strullendorf: Jugendhaus Strullendorf (www.iso-ev.de)

Taufkirchen: Nachbarschaftshilfe Taufkirchen (www.nachbarschaftshilfetaufkirchen.de)

Taunusstein-Hahn: Mütter- und Frauenzentrum Taunusstein (www.mueze-taunusstein.de)

Torgelow: Volkssolidarität „Haus der Generationen“ (www.volkssolidaritaet.de/uecker-randow)

Trier: Mehrgenerationenhaus/Haus der Familie (www.nestwaerme.de)

Tübingen: InFö (www.infoe-tuebingen.de)

Waldfischbach: GHG-Pfalzblick, Haus Moosalp (www.ghg-pfalzblick.de)

Wasserburg am Inn: Familienzentrum Integrationsprojekt Burgau (www.ksb-rosenheim.de)

Wiesbaden: Nachbarschaftshaus Wiesbaden (www.nachbarschaftshaus-wiesbaden.de)

Wildenfels: Familienzentrum „Kinderidylle“

Wittlich: Deutscher Kinderschutzbund, Kinderschutz- und Spielzentrum Wittlich (www.kinderschutzbund-bernkastel-wittlich.de)

Worms: Treff 39 – Café Croque o’deal (www.wsb-ev.de)

Wuppertal: Nachbarschaftsheim Wuppertal (www.nachbarschaftsheim-wuppertal.de)

Zehdenick: Arbeitslosenservice-Einrichtung Zehdenick (www.alv-brandenburg.de)

Zeulenroda-Triebes: Mehrgenerationenhaus der Volkssolidarität Zeulenroda (www.volkssolidaritaet.de/zeulenroda)

Zschopau: Volkssolidarität Zschopau (<http://freenet-homepage.de/mehrgenerationenhaus-zp>)

Zwickau: SOS Mütterzentrum Zwickau (www.sos-mz-zwickau.de)

„Schule zurück in die Gesellschaft holen“

Thesenpapier des Paritätischen zur Bildungspolitik

Ein Thesenpapier zur schulischen Bildung hat der Verbandsrat des Paritätischen im Dezember verabschiedet. Es soll als Grundlage für eine breite innerverbandliche Diskussion zur Bildungspolitik dienen. Das Papier enthält sowohl Aussagen dazu, woran der Paritätische das Versagen des bestehenden Schulsystems festmacht, als auch einen Katalog von Prinzipien, an denen sich Schule aus Paritätischer Sicht in Zukunft orientieren soll.

Vorbereitet wurde das Thesenpapier von einem Verbandsratsausschuss unter Vorsitz von Professor Barbara John, der Vorsitzenden des Paritätischen Landesverbandes Berlin. Der Ausschuss konsultierte dazu im Rahmen einer Klausurtagung auch die Mitglieder des Verbandsrats und die Geschäftsführungen der Paritätischen Landesverbände.

In acht Thesen formuliert der Verbandsrat, warum er eine Reform des Schulwesens für erforderlich hält und wie dies durch die Einführung der modernen Bürgerschule realisiert werden könnte, welche die individuelle Persönlichkeitsentwicklung jeder Schülerin und jedes Schülers in den Mittelpunkt stellt und Ausgrenzung verhindert.

Aus Sicht des Paritätischen muss Schule einen modernen Bürgerethos vermitteln, das Individuum stärken und demokratisch organisiert sein. Sie müsse daher aus zentralistischen Verwaltungsstrukturen herausgelöst werden. Um den individuellen Bedarfslagen der Schülerinnen und Schüler entsprechen zu können, müssten Schulen in der Lage sein, weit reichende eigene Entscheidungen vor Ort zu treffen.

„Schule muss zurück in die Gesellschaft geholt werden. Sie muss die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigen und offen sein für Impulse und Anregungen von außen. Schule muss mit dem jeweiligen Sozialraum kommunizieren. Die lokale Vernetzung beispielsweise mit Angeboten der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit und die Gewinnung weiterer Kooperationspartner schafft Syner-

Der Verbandsratsausschuss zu Fragen schulischer Bildung hat die Aufgabe, weitere Aktivitäten in dem Themenfeld zu planen und zu steuern und den innerverbandlichen Diskussionsprozess beratend zu begleiten. Ihm gehören aus dem Vorstand des Gesamtverbandes Professor Barbara John und Cord Wellhausen (Der Paritätische Nordrhein-Westfalen) an sowie Bernd Keicher (Bundes-Eltern-Vereinigung für anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie e. V.), Claus Lüders (Der Paritätische Bayern), Stefan May (Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Schulen), Achim Meyer auf der

Heyde (Deutsches Studentenwerk), Martin Sträßer (Der Paritätische Sachsen) und Gerd Weimer (Der Paritätische Baden-Württemberg).

Darüber hinaus konstituiert sich Ende Februar ein Arbeitskreis Schulische Bildung des Gesamtverbandes und der Landesverbände

In der Hauptgeschäftsstelle des Paritätischen ist Dr. Thomas Pudelko, Referent für Jugendsozialarbeit und Schule, Ansprechpartner für das Themenfeld. Er ist zu erreichen unter Tel.: 030/24636436, E-Mail: jsa-schule@paritaet.org. Bei ihm ist auch das Thesenpapier erhältlich.

gien, ermöglicht Innovationen und gewährleistet die Verankerung der Schule in der Gesellschaft“, heißt es im Thesenpapier.

Frei-gemeinnützige Schulträgerschaften müssten gefördert werden. „Die Finanzierung muss für alle Schulträger gleich und fair geregelt werden. In einer offenen, vielfältigen, lebendigen Bürgergesellschaft dürfen frei-gemeinnützige Schulträger nicht länger gegenüber staatlichen Schulen benachteiligt werden.“ Durch die Finanzierung über personengebundene Budgets („Das Geld folgt dem Kind“) erhielten alle Eltern und Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, die Schule zu wählen, die ihren Vorstellungen am besten entspricht – gleich ob es sich um einen staatlichen oder einen freien Schulträger handelt. „Zur Wahrung der Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler dürfen Schulen, die diese schülerbezogenen Pauscha-

len abrechnen, kein Schulgeld verlangen. Für Kinder mit besonderem Förderbedarf – wie etwa Kinder mit Behinderungen – muss es Zuschläge staatlicherseits geben.“



Damit Schule Kinder stark macht
Foto: Tomasz Trojanowsky|Fotolia

Spitzengespräch mit der Bundeskanzlerin

Beim Gespräch von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Präsidenten und Vorsitzenden der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege stand jüngst das Thema „Familien in Deutschland“ im Mittelpunkt. Dabei ging es insbesondere darum, wie die Wirkung der vielfältigen familienunterstützenden Dienste und Leistungen verbessert werden kann, sodass die angebotene Hilfe besser als derzeit zum angestrebten Erfolg führt.

Angela Merkel betonte, dass die Familienpolitik der letzten Jahre doch „einiges bewirkt habe“ und erinnerte unter anderem an die Einführung des Elterngeldes und des Kinderzuschlags sowie an die Möglichkeiten, haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich abzusetzen. Gleichwohl sei ihr bewusst, dass die Wohlfahrtsverbände sich an der einen oder anderen Stelle größere Schritte gewünscht hätten, räumte die Kanzlerin ein.

Heidi Merk, Vorsitzende des Paritätischen, wies ebenso wie einige ihrer VerbandskollegInnen auf die Personalprobleme im Bereich der Kinderbe-



treuung hin, die von 2012 an dramatische Ausmaße anzunehmen drohten. Um den Personalbedarf im Zuge des geplanten Ausbaus der Kinderbetreuung decken zu können, müsse die jetzige Ausbildungskapazität verdoppelt werden, betonte Merk (im Bild rechts). Die Bundeskanzlerin zeigte sich in dieser Frage sehr aufgeschlossen und wies darauf hin, dass neben der Schaffung von Ausbildungskapazitäten auch die Gehaltsstrukturen für den Erzieherberuf in den Blick genommen werden müssten; ansonsten werde die-

se Berufssparte im Zuge des drohenden Fachkräftemangels keine Attraktivität mehr entfalten.

Angela Merkel würdigte die gute Zusammenarbeit der Spitzenverbände mit der Bundesregierung und betonte, sie freue sich, den regelmäßigen Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden fortführen zu können. Gleichzeitig dankte sie den Vertreterinnen und Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege für ihre Anstrengungen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, insbesondere in Ostdeutschland.

Positionspapier des Paritätischen zur Gleichstellung von Frauen und Mädchen

Der Verbandsrat des Paritätischen hat im Dezember ein Positionspapier zur Gleichstellung von Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft verabschiedet. Darin fasst er zentrale Forderungen zusammen, die dem Ziel dienen, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen – unabhängig von Alter, Religion, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Behinderung.

Der Paritätische blickt mittlerweile auf mehr als drei Jahrzehnte Frauen- und Mädchenarbeit in allen Feldern der sozialen Arbeit zurück. Innerhalb des Verbandes gehört es zu den Selbstverständlichkeiten, die Gleichstellungs-

frage in allen Arbeitszusammenhängen mitzudenken.

Aus Gesetzen Realität machen

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers hat der Paritätische einen weiteren Schritt getan, der dazu führen soll, dass die viel beschworene Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter nicht nur in Gesetzen steht, sondern gesellschaftliche Realität wird.

Das Positionspapier ist beim Gesamtverband erhältlich bei Marion von zur Gathen, Fachreferentin für Frauen, Familien und Kinder, unter der Telefonnummer 030/24636331 oder per E-Mail an kifa@paritaet.org.

Plus bei Mitteln aus ARD-Fernsehlotterie

Im vorigen Jahr konnten 120 Projekten aus dem Mitgliedsbereich des Paritätischen 14,8 Millionen Euro aus Mitteln der ARD-Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ vermittelt werden. Das ist gegenüber 2007 eine Steigerung von rund 48 Prozent.

Fast die Hälfte der Förderung floss in den Bereich Altenhilfe, rund 30 Prozent in den Bereich Gesundheitshilfe und Psychiatrie.

Darüber hinaus wurden auch eine Vielzahl von Projekten der Jugendhilfe sowie von Einrichtungen gefördert, die Frauen unterstützen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Auch mehrere Migrationsberatungs-Einrichtungen erhielten Fördermittel.

60 Jahre Wohlfahrtsmarken

Die Vorstellung der neuen Wohlfahrtsbriefmarken bietet alljährlich für den Bundespräsidenten die Gelegenheit, verdiente ehrenamtliche Verkäuferinnen und Verkäufer zu ehren, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, dass zusätzliches Geld für die soziale Arbeit zur Verfügung steht. Dieses Jahr, zum 60-jährigen Jubiläum der Wohlfahrtsmarken, ehrte Köhler (3. von links) aus Reihen des Paritätischen Barbara Löthe (links neben ihm) sowie Elke Meßinger vom Guttempler Bildungswerk, Landesverband Hamburg, (rechts neben Köhler) und (im Bild verdeckt) Bärbel Neumann von der Initiative für sozial- und ökopädagogische Erziehung (Baden-Baden). Die Verbandsspitze des Paritätischen wurde bei der Feier vom stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Eberhard Jüttner (2. von links) repräsentiert.

(Siehe auch Bericht auf Seite 31)



Bundesforum Familie: Kinder brauchen Werte

Nach zweijähriger Arbeit hat das Bundesforum Familie in Berlin die Ergebnisse des Projekts „Kinder brauchen Werte – Bündnisinitiative: Verantwortung Erzie-

hung“ vorgestellt und eine Berliner Erklärung zur werteorientierenden Erziehung vorgestellt. Cord Wellhausen, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, bedauer-

te, dass eine Fortführung des Projekts im bisherigen Umfang wegen fehlender Mittel nicht gewährleistet ist. Der Paritätische halte es für sehr bedeutend, dass das ebenso schwierige wie wichtige Thema „Werte und Erziehung“ in einer breit aufgestellten und pluralistischen Organisation bearbeitet werde. Eine solche Organisation sei mit dem Bundesforum Familie gefunden worden, in dem sich mehr als 100 bundesweit tätige Organisationen engagieren. Die Arbeit der unabhängigen pluralistischen Plattform habe sich sehr bewährt, betonte Wellhausen. Ziel des Bundesforums ist es, für eine familienfreundliche Gesellschaft aktiv Verantwortung zu übernehmen und die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien zu beseitigen. Weitere Infos finden Interessierte unter www.bundesforum-familie.de oder unter www.kinder-brauchen-werte.de.



Cord Wellhausen, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes (Vierter von links neben Forumssprecher Norbert Hocke von der GEW/Mitte) würdigte zum Abschluss des Projekts „Kinder brauchen Werte“ die Arbeit des Bundesforums Familie.

„Historische Chance zur Armutsbekämpfung vertan“

Konjunkturpaket II bringt nur Almosen für Bedürftige

Der Paritätische Gesamtverband hat das Mitte Januar beschlossene Konjunkturpaket II als enttäuschend bezeichnet. Er wirft der Bundesregierung vor, Bedürftige „im Regen stehen“ zu lassen.

Der Paritätische kritisierte, das Konjunkturpaket II sei ein halbherziger Kompromiss, der die soziale Schieflage in Deutschland weitestgehend ignoriere. „Die Bundesregierung hat die historische Chance vertan, Konjunkturmaßnahmen sinnvoll mit nachhaltiger Armutsbekämpfung zu verknüpfen. Während großzügige Schutzschirme für Unternehmen gespannt wurden, werden die Bedürftigen mit ein paar Almosen abgespeist“, sagte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider.

Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Dr. Eberhard Jüttner betonte, die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder von sechs bis 13 Jahren könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass mehr als 80 Prozent der Hartz-IV-Empfänger leer ausgingen. Zwar seien die Investitionen in Bildung und Betreuung ganz wichtig. Auch die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Sechs- bis 13-Jährige von 211 auf 246 Euro sei ein erster richtiger Schritt, doch müssten nun zwingend weitere Maßnahmen der Armutsbekämpfung folgen.

Investitionen in Infrastruktur begrüßt

Das Konjunkturpaket II soll ein Volumen von bis zu 50 Milliarden Euro haben. Es umfasst unter anderem Steuerentlastungen, etwa durch eine schrittweise Anhebung des Steuergrundfreibetrages, eine Senkung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung auf etwa das Beitragsniveau, welches vor Einführung des Gesundheitsfonds bestand, und einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro. Geplant sind zudem Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung.

Die Volkssolidarität begrüßte die Investitionen in die kommunale Infrastruktur. „Der Investitionsrückstau bei Schulen, Kindereinrichtungen, Hochschulen und Krankenhäusern muss sichtbar abgebaut werden. Solche Investitionen in die Zukunft sind überfällig“, sagte Bundesgeschäftsführer Dr. Bernd Niederland.

Auch Niederland kritisierte jedoch, dass die Chance ungenutzt bleibe, Maßnahmen zur Belebung des Binnenmarkts mit wirksameren Schritten zur Bekämpfung wachsender Armut zu verbinden. Das Konjunkturpaket bringe zudem für Rentnerinnen und Rentner kaum eine spürbare Entlastung.

„Ungeheuerliche“ Forderung nach Rentenkürzung

Ebenso wie die Volkssolidarität kritisierte der Sozialverband VdK Deutschland den Vorschlag einzelner Bundestagsabgeordneter, angesichts der Neuverschuldung durch das Konjunkturpaket II die Renten zu kürzen. VdK-Präsidentin Ulrike Mascher nannte derartige Forderungen „ungeheuerlich“. Keine Bevölkerungsgruppe habe in den vergangenen fünf Jahren größere Kaufkraftverluste hinnehmen müssen, als die Rentner.

Statt diesen weiter Kaufkraft zu entziehen, sollte man sie mehr entlasten, um die Konjunktur in Deutschland anzukurbeln. Da die Senkung des Krankenversicherungsbeitrages um 0,6 Prozent für Arbeitnehmer und Rentner lediglich eine Entlastung von jeweils 0,3 Prozent bedeute, sei es sinnvoller, den allein von Arbeitnehmern und Rentnern zu schulternden Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent abzuschaffen, so Mascher.

Anspruch auf Girokonto realisieren

Als beschämend für die Kreditwirtschaft hat der Paritätische Gesamtverband den Umstand bezeichnet, dass Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen oder Schulden nach wie vor in dramatischem Ausmaß bestehende Kontoverbindungen gekündigt und Guthabekonten verweigert werden.

Der Verband forderte Bundesverbraucherschutzministerin Aigner und Bundesfinanzminister Steinbrück in einem Brief auf, den seit 1995 formulierten Grundanspruch eines „Girokontos für jedermann“ nunmehr durch entsprechende gesetzliche Regelungen durchzusetzen.

„Ein Girokonto ist kein schnöder Luxus, sondern heutzutage zwingende Voraussetzung für die alltägliche Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe“, sagte Verbandsvorsitzende Heidi Merk. Personen, die über kein Konto verfügen, seien in vielfacher finanzieller und sozialer Hinsicht benachteiligt. „Arbeitgeber verlangen den Nachweis einer Kontoverbindung, Vermieter verlangen die Überweisung der Miete und auch Arbeitsagenturen, Finanzämter, Telekommunikationsanbieter oder Versicherer setzen den bargeldlosen Zahlungsverkehr voraus. Kontollosigkeit kann damit zur echten Existenzbedrohung werden“, so Merk.

Sie nannte es ungeheuerlich, dass auch 13 Jahre nach der durch den Zentralen Kreditausschuss (ZKA) formulierten freiwilligen Selbstverpflichtung in der Praxis keinerlei ernsthafte Bemühungen der Banken zur Umsetzung erkennbar seien. Aktuelle Umfragen der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände machten deutlich, dass die Umsetzung der „ZKA-Empfehlung“ von 1995 nach wie vor sehr unbefriedigend sei und es sich dabei keineswegs nur um Einzelfälle handle.

Statt ABM künftig Entgeltvariante

Die Weiterentwicklung der Arbeitsgelegenheiten nach der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stand im Januar im Mittelpunkt eines Gesprächs des Paritätischen mit Staatssekretär Detlef Scheele im Bundesarbeitsministerium. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Hans-Jörg Böhringer, Vorsitzender des Paritätischen Landesverbandes Baden-Württemberg (links im Bild), und Tina Hofmann, Fachreferentin des Gesamtverbandes (rechts), thematisierten in dem Gespräch befürchtete Einschränkungen bei den Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante. Sie forderten, die Tätigkeitsfelder dürften nicht reduziert werden.

Staatssekretär Scheele sicherte den Verbandsvertretern zu, das dies nicht geschehen werde. Es sei aber vorgesehen, künftig Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante zu ersetzen.



Paritätischer befürwortet Änderung am Schwangerschaftskonfliktgesetz

In der Debatte um Spätabtreibungen hat sich der Paritätische Gesamtverband für die Einführung einer gesetzlichen Beratungs- und Hinweispflicht für Ärzte ausgesprochen. In einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes betont er, dass ein pathologischer Befund beim Kind im Zuge der Pränataldiagnostik zu einer besonderen Lebenssituation führe. Der von Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Gruppenantrag für einen Gesetzentwurf biete die Chance, die betroffenen Familien in dieser kritischen Lebensphase professionell zu begleiten und ihnen einen Schutzraum für eine Entscheidungsfindung zu geben. Der Paritätische spricht sich dafür aus, weiteres Aufklärungsmaterial zu Schwangerschaftsabbrüchen und zum Leben mit einem Kind mit Behinderungen, einschließlich der Hinweise auf Selbsthilfegruppen und Behindertenverbände, durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erstellen zu lassen. Der Verband hält auch eine umfassende Information bereits im Vorfeld von Pränataldiagnostik für erforderlich. Werdende Eltern müssten über Art, Umfang und mit der Pränataldiagnostik verbundene Risiken umfassend informiert werden.

Der Gesetzentwurf wird von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten, grundsätzlich begrüßt. Mit den geplanten Regelungen könne der in der Praxis wahrgenommene Automatismus zwischen vorgeburtlich festgestellter Behinderung und dem dann zumeist

folgenden Schwangerschaftsabbruch durchbrochen werden.

Der Bundesverband der Deutschen Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung – pro familia – lehnt eine gesetzliche Änderung bei Spätabtreibungen jedoch ab. Er befürchtet einen massiven Eingriff des Staates in persönliche Angelegenheiten der werdenden Eltern und in das ärztliche Vertrauensverhältnis. Eine gesetzlich vorgeschriebene dreitägige Wartezeit zwischen Beratung und Schwangerschaftsabbruch stelle einen politischen Übergriff in das Privatleben der betroffenen Frauen und Paare dar.

Nach Abwägung aller Positionen hat der Paritätische beschlossen, eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes mitzutragen.

„Neue Altersarmut“

Netzwerk hält Rente mit 67 für inakzeptabel

Die Rente mit 67 wird nach Einschätzung von Sozialverbänden und Gewerkschaften die Altersarmut in Deutschland massiv erhöhen. Das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ kommt in seinem ersten Monitoring-Bericht zu dem Ergebnis: „Die Voraussetzungen für die Rente mit 67 stimmen nicht, die Folgen sind nicht akzeptabel.“ Die Anhebung des Rentenalters sei weder durch die demografische Entwicklung noch durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gerechtfertigt.

Einem Beschluss der großen Koalition zufolge wird das Rentenalter in den Jahren 2012 bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Wer früher in Rente geht, dem wird das Altersgeld gekürzt. Viele Arbeitnehmer haben jedoch aufgrund der Arbeitsbedingungen gar nicht die Möglichkeit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten. Für sie steigt die Gefahr, vor der Rente arbeitslos und zu Hartz-IV-Empfängern zu werden, kritisiert das Bündnis in seinem Bericht, der auf einem „Monitoring“ der aktuellen sozialen und arbeitsmarktpolitischen Lage sowie einer Analyse der zu erwartenden Entwicklung basiert. Bereits heute könnten viele Beschäftigte nicht bis zum 65. Lebensjahr in ihrer bisherigen Tätigkeit arbeiten und müssten Rentenabschlüsse hinnehmen, heißt

es im Netzwerk-Papier. In Deutschland drohe daher eine neue Altersarmut. Auch die Vorstellung, dass es hierzulande kurz- oder mittelfristig einen Mangel an Arbeitskräften gebe, der eine Erhöhung des Renteneintrittsalters rechtfertige, sei unrealistisch. „Was uns in Deutschland in Zukunft wohl eher zu fehlen droht als Arbeitskräfte sind Arbeitsplätze, die ein ausreichendes eigenes Einkommen und eine eigenständige soziale Sicherung erlauben“, heißt es in dem Bericht, der im Dezember veröffentlicht wurde. Das Netzwerk fordert ein wissenschaftlich valides, politisch ernst gemeintes Monitoring durch die Bundesregierung, das nicht nur die quantitative, sondern auch die qualitative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die soziale Lage von Älteren berücksichtigt. Dabei seien

Dem „Netzwerk für eine gerechte Rente“ gehören u. a. an: Paritätischer Gesamtverband, Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialverband VdK Deutschland, Volkssolidarität Bundesverband, Sozialverband Deutschland, Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen, Deutscher Frauenrat, Seniorenverband – Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen, Jahresringe Gesamtverband.

auch regionale Unterschiede und Besonderheiten zu beachten. „Statt einer Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters benötigen wir ein Paket an Maßnahmen, das dazu beiträgt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger in Arbeit bleiben und abgesichert vom Arbeitsleben in den Ruhestand übergehen können“, so das Bündnis. Dazu gehörten unter anderem mehr Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz, eine Humanisierung der Arbeitswelt, mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der Ausbau der Beschäftigungsförderung für ältere ArbeitnehmerInnen. Im März werden der Paritätische Gesamtverband und weitere Mitglieder des Netzwerks einen zweiten Zwischenbericht vorstellen, der sich detailliert mit dem Thema Altersarmut beschäftigt.

NS-Opfer fordern Entschädigung

Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten für Stiftung

Entschädigungsleistungen für das während der NS-Zeit erlittene Unrecht hat der Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ) gefordert. Zum 75. Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses im Januar beklagte BEZ-Geschäftsführerin Margret Hamm, dass die meisten Opfer des Rassengesetzes der Nationalsozialisten immer noch nicht als NS-Verfolgte anerkannt seien und keine Entschädigung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes erhielten.

Erst 2007 hat der Bundestag das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als typisches NS-Unrechtsgesetz eingestuft, das mit dem Grundgesetz unvereinbar sei, und die Opfer rehabilitiert. Anträge auf finanzielle Entschädigung würden trotzdem immer noch mit der Begründung zurückgewiesen, es handle sich nicht um „typisches NS-Unrecht“, sagte Margret Hamm und sprach von „entschädigungspolitischer Ausgrenzung“. Sie schätzt die Zahl der heute noch lebenden Betroffenen, die ein Recht auf Ent-

schädigung als Verfolgte geltend machen könnten, auf 15.000. Viele lebten in ärmlichen Verhältnissen. Die große Mehrheit der weit über 300.000 Opfer, welche die NS-Taten überlebt hätten, sei inzwischen verstorben. Der frühere SPD-Vorsitzende und Gründungsvorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Hans-Jochen Vogel, unterstützt das Anliegen des BEZ. Der BEZ plädiert zudem dafür, eine Stiftung zu gründen, um die Verbrechen an den Zwangssterilisierten und „Euthanasie“-Opfern wissenschaftlich aufzuarbeiten.



Informationsangebote

www.bmg.bund.de

Bürgertelefon

Das Bürgertelefon des Bundesministeriums für Gesundheit erreichen Sie von Montag bis Donnerstag zwischen 8 und 18 Uhr und Freitag zwischen 8 und 12 Uhr. Der Anruf ist kostenpflichtig.*

Internetportal

Aktuelle Informationen des Bundesministeriums für Gesundheit finden Sie unter: www.bmg.bund.de

Newsletter

Der BMG-Newsletter enthält Neuigkeiten und Informationen rund um die Themen Gesundheit, Pflege und gesundheitliche Prävention und wird Ihnen alle 14 Tage per E-Mail zugesandt. Sie finden das Anmeldeformular unter: www.bmg.bund.de/newsletter

Publikationsverzeichnis

Das aktuelle Publikationsverzeichnis des Bundesministeriums für Gesundheit können Sie unter Angabe der Bestellnummer BMG-G-07014 per E-Mail anfordern: publikationen@bundesregierung.de

Fragen zum Versicherungsschutz

01805/9966-01*

Fragen zur Krankenversicherung

01805/9966-02*

Fragen zur Pflegeversicherung

01805/9966-03*

Fragen zur gesundheitlichen Prävention

01805/9966-09*

Fragen zur Suchtvorbeugung

0221/892031**

Gehörlosen-/Hörgeschädigten-Service, Schreibtelefon

01805/9966-07*

Gebärdentelefon ISDN-Bildtelefon

01805/9966-06*

Gebärdentelefon Video over IP

gebaerdentelefon.bmg@sip.bmg.buergerservice-bund.de

* Festpreis 14 Ct/Min., abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich.

** BZgA-Informationstelefon zur Suchtvorbeugung. Mo. – Do. 10 bis 22 Uhr, Fr. – So. 10 bis 18 Uhr



Gesundheitspolitische Informationen

Die Gesundheitspolitischen Informationen erscheinen alle zwei Monate und behandeln Themen aus den Bereichen Gesundheit, Pflege und Prävention. Die kostenlose Publikation wird Ihnen per Post zugesandt. Abonnement unter: www.bmg.bund.de/gpi

Ratgeber

Unsere Ratgeber geben Antworten auf die häufigsten Fragen rund um die Themen Gesundheit und Pflege und bieten Ihnen die Möglichkeit, sich über die aktuellen Neuerungen zu informieren. Die Ratgeber können Sie unter Angabe der Bestellnummer kostenlos anfordern unter: publikationen@bundesregierung.de

BMG-P-07055

Ratgeber Pflege: Alles, was Sie zur Pflege wissen müssen.

BMG-G-07031

Ratgeber zur neuen Gesundheitsversicherung

Ineffiziente Ausbildungsförderung

Schlechte Perspektiven für Jugendliche im Hartz-IV-Bezug

Als äußerst alarmierend hat der Paritätische Gesamtverband die Ergebnisse der jüngsten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu den Perspektiven Jugendlicher und junger Erwachsener im Hartz-IV-Bezug bezeichnet. Danach findet nur jeder dritte Jugendliche langfristig aus dem Hilfebezug heraus.

Der Verband kritisierte den Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und bekräftigte seine Forderung nach einer grundlegenden Reform der Ausbildungsförderung für Jugendliche im Hartz-IV-Bezug.

„Wir können es uns nicht leisten, durch Hilfeleistungen nach Schema F so viele junge Menschen ohne Perspektive zurückzulassen“, sagte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. Die bestehenden Strukturen seien auffällig ineffizient und die Maßnahmen wenig passgenau, wie der Verband in einer eigenen Studie zu Ausbildungschancen Jugendlicher im Hartz-IV-Bezug nachgewiesen habe. Entgegen

dem Leitbild von Hartz IV gebe es in der Praxis faktisch keine Hilfen aus einer Hand. Die Jugendlichen würden hin-undhergeschoben, Plätze in passfähigen Maßnahmen sowie grundlegende Absprachen zwischen den Trägern zu Förderzielen fehlten, sodass Effekte aus vorherigen Maßnahmen wirkungslos verpufften.

„Um zu verhindern, dass junge Erwachsene als ungelernete Hilfsarbeiter in eine gesellschaftliche Sackgasse geschickt werden, muss der Vorrang für Ausbildung im Gesetz verankert werden“, so Schneider. Notwendig seien längerfristige, modular aufgebaute und abgestimmte Förderleistungen und individuelle, zielorientierte Integrations-

pläne, die auf die Bedürfnisse des einzelnen Jugendlichen zugeschnitten sind.

Der Paritätische kritisierte vor diesem Hintergrund den Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. So greife insbesondere die vorgeschlagene Regelung zum Nachholen eines Schulabschlusses viel zu kurz.

„So richtig und wichtig die Einführung eines verbindlichen Rechtsanspruchs auf Förderung eines Hauptschulabschlusses ist, so halbgar und wenig zielführend ist der vorliegende Gesetzesentwurf. Für viele Jugendliche bleibt der Schulabschluss bei dieser Regelung unerreichbar“, so Schneider.

Wirbel um Gesundheitsleistungen für Kinder

Nach Schätzung von Krankenkassen müssen in Deutschland mehrere 10.000 Kinder ohne vollwertigen Versicherungsschutz auskommen.“ Diese Feststellung sorgte Anfang Januar für Schlagzeilen und rief auch den Paritätischen auf den Plan. Stein des Anstoßes: Nach Paragraph 16 Absatz 3a Satz 2 des Sozialgesetzbuches V ruht der Leistungsanspruch in der gesetzlichen Krankenversicherung für Versicherte, die mit ihren Beiträgen zwei Monate und mehr im Rückstand sind. Obwohl viele Menschen unverschuldet Beitragsschulden anhäufen können, steht ihnen nur eine Versorgung bei Notfällen, akuten Erkrankungen und Schmerzen zu. Dies gilt auch für familienversicherte Angehörige. Ausgenommen von diesem Leistungsausschluss sind Menschen, die im Sinn des Zweiten oder Zwölften Sozialgesetzbuches hilfebedürftig sind und

als Härtefälle gelten, also etwa Beziehende von Sozialhilfe und Hartz IV. Der Paritätische forderte, diese Regelung müsse auch für überschuldete Menschen mit gepfändetem Einkommen und für Personen gelten, die ein Insolvenzverfahren durchlaufen. Insbesondere Kinder seien jedoch grundsätzlich von Sanktionen auszunehmen. „Kindern Vorsorgeuntersuchungen und Zahnarztbesuche zu verweigern, sofern nicht akute Beschwerden da sind, ist nicht nur zutiefst diskriminierend, sondern auch gesundheitspolitisch unverantwortlich“, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Mitte Januar erklärte das Bundesgesundheitsministerium: Auch die Vorsorgeuntersuchungen U 1 bis U 9 für Kinder sind vom Leistungsausschluss ausgenommen. Sprecherin Ina Klaus sagte gegenüber dem Paritätischen, in der Begrün-



Foto: monkey business | Fotolia.com

dung zum Paragraphen 16 des SGB V werde ausgeführt, dass sich der Anspruch bei Beitragsrückstand an die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes anlehne. Dem Paritätischen geht dies nicht weit genug: Er fordert weiterhin eine gesetzliche Klarstellung zugunsten der Betroffenen.

Empfang bei Bundespräsident Köhler

Zum traditionellen Neujahrsempfang im Schloss Bellevue begrüßt der Bundespräsident alljährlich neben Repräsentanten und Repräsentantinnen des öffentlichen Lebens auch Menschen, die sich besonders für das Gemeinwohl engagiert haben. Zu den geladenen Gästen gehörte im Januar Norbert Struck, Jugendhilfereferent des Paritätischen Gesamtverbandes und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Struck dankte Bundespräsident Horst Köhler besonders dafür, dass dieser im Sommer bei der Eröffnung des Kinder- und Jugendhilfetages in Essen unter dem Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen“ mit seiner Präsenz ganz wesentlich dazu beigetragen habe, hervorzuheben, wie wichtig die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut ist.



Norbert Struck, Jugendhilfereferent des Paritätischen Gesamtverbandes und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (rechts), dankte Bundespräsident Köhler für sein Engagement beim Kinder- und Jugendhilfetag Foto: BILDschön|Thomas Rafalzyk

Himmlische Wohlfahrtsmarken

Regenbogen, Sonnenuntergang, Nordlicht und Blitz – diese Himmelserscheinungen faszinieren immer wieder aufs Neue. Besonders beeindruckende Fotografien dieser Naturschauspiele zieren die neuen Wohl-

fahrtsmarken-Serie. Die ausdrucksstarken Markenmotive erlauben einen Blick in den Himmel – die Marken selbst haben einen ganz irdischen Zweck: Der Erlös aus dem Zuschlag ist ein wichtiges Finanzierungsinstru-

ment für die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände.

Die Marken haben einen Wert von 45 und 55 Cent oder 1,45 Euro plus 20 oder 25 Cent Zuschlag. Das 55+25-Cent-Motiv „Sonnenuntergang“ wird zusätzlich als erste selbstklebende Wohlfahrtsmarke im 10er-Marken-Set und in der 100er-Marken-Box angeboten.

Vertriebszentrum des Paritätischen

Die Marken sind erhältlich beim Wohlfahrtsmarken-Vertriebszentrum des Paritätischen Gesamtverbandes, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 0800/9645324 (kostenfreie Servicenummer), Fax: 030/24636 460, E-Mail: wohlfahrtsmarken@paritaet.org. Dort erhalten Mitgliedsorganisationen auch Bestellformulare für das Werbematerial und Dienstporto sowie eine umfassende Beratung zum Aufbau eigener Vertriebsstellen.

Weitere Infos gibt es auch im Internet unter www.wohlfahrtsmarken.de.



„Studierende für Studierende“

Anerkennung für besonderes freiwilliges Engagement

„Helden des Hochschul-Alltags“ nennt Professor Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), engagierte Studierende, die sich unentgeltlich und ehrenamtlich für ihre Mitstudierenden einsetzen. Einige dieser Helden und Heldinnen wurden jetzt im Rahmen des Wettbewerbs „Studierende für Studierende“ ausgezeichnet.

Wir brauchen dringend eine neue Kultur der Anerkennung für Studierende, die sich an ihrer Hochschule für andere Studierende engagieren – seien es Credit Points, Studiengebühren-Befreiung oder längere BAföG-Förderung.“ Mit diesem Appell eröffnete DSW-Präsident Dobischat die Preisverleihung des DSW-Bundeswettbewerbs „Studierende für Studierende“. Zusammen mit Staatssekretär Andreas Storm (Bundesministerium für Bildung und Forschung) übergab Dobischat vor mehr als 150 Gästen in Berlin Geldpreise von insgesamt 13.000 Euro an drei Studierende sowie vier studentische Gruppen. Sie wurden aus mehr als 200 Nominierungen wegen ihres besonderen sozialen Engagements auserkoren. Nichts weniger als die „Energiewende auf dem Hochschuldach“ hat sich die studentische Gruppe „UniSolar“ der Universität Leipzig zum Ziel gesetzt. Sie nutzt Dachflächen der Leipziger Hochschulen, um klimafreundlichen Strom aus Sonnenenergie zu gewinnen. Über den Verkauf des gewonnenen Stroms an die Leipziger Stromversorger werden Zinsen für Darlehen von

Studierenden und Lehrenden finanziert beziehungsweise die Darlehen zurückgezahlt.

Die Geehrten:

Ingrid Rumpf von der Brandenburgischen TU Cottbus. Sie wurde für ihr breit gefächertes Engagement in mehreren Hochschulgremien und ihren Einsatz für ein Umweltmanagementsystem ausgezeichnet.

Sebastian Thiele von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat für seine Berufsinformations-Homepage www.berufe-fuer-historiker.de akribisch recherchiert, Artikel und Berichte gesammelt und diese für andere Geschichtsstudierende zugänglich gemacht.

Yasemin Yadigaroglu von der Universität Duisburg-Essen erkannte: Für viele ihrer muslimischen Mitstudierenden führt das Thema Verwandten-Ehe zu Konflikten mit den Eltern. Ihre Aufklärungskampagne „Verwandten-Ehe? Nein danke“ hat sie wissenschaftlich fundiert, prägnant gestaltet und breit vernetzt (www.verwandtenheirat.de).

Ein studentisches Team um Dominic Schwickert von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat ein

spannendes Magazin-Konzept entwickelt: Jedes Semester erscheint ein wissenschaftliches Heft zu einem aktuellen Thema, das aus unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet wird. „360°“ ist ein wissenschaftliches, interdisziplinäres Journal von Studierenden, das auch mit einem professionellen Design besticht. (www.journal360.de).

Die bei ersti.tv aktiven Studierenden der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz filmen alles, was ihnen auf dem Campus vor die Kamera kommt und liefern so tolle Tipps für Erst-Semester (www.ersti.tv).

Die studentische Initiative „Studieren mit Kind“ an der TU Dresden unterstützt studierende Väter und Mütter mit Beratung, Betreuungsraum, Spielzimmer und Ruhezone und engagiert sich darüber hinaus für eine familienfreundliche Hochschule (www.uni-mit-kind.de).

Eine lobende Erwähnung der Jury erhielt die studentische Gruppe „Die Elemente der Begeisterung: Körper, Geist und Kunst“ von der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“, Leipzig. (Weitere Infos: www.studentenwerke.de).



Prof. Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks, (links) und Dr. Eberhard Jüttner, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen, (2. v. l.) freuten sich mit den geehrten Studierenden über deren Auszeichnung. Foto York Wegerhoff, Berlin

Steinmeier an der Spitze des ADH-Kuratoriums

Neun Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen engagieren sich im neuen Kuratorium der Aktion Deutschland Hilft (ADH) für die Ziele des Bündnisses, das 2001 gegründet wurde, um im Falle großer Katastrophen schnelle und effektive Hilfe leisten zu können. „Große humanitäre Krisen können nur schwer durch einzelne Akteure bewältigt werden“, sagte Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier als Vorsitzender des Kuratoriums. Es sei daher gut, dass sich erfahrene Hilfsorganisationen zum Bündnis Aktion Deutschland Hilft zusammengeschlossen hätten. Dem Kuratorium gehören neben Steinmeier an: Unternehmerin Regine Sixt, DGB-Vorsitzender Michael Sommer, der



FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Koppelin, Unternehmer Carl A. Siebel, Renate Jaeger, Richterin am Europäischen Gerichtshof, GEO-Chefredakteur Matthias Gaede und Peter Clever, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Bei der Vorstellung des Gre-

miums im Auswärtigen Amt wurde der Paritätische Gesamtverband als ADH-Mitglied von seinem stellvertretenden Vorsitzenden Cord Wellhausen (Foto erste Reihe ganz links) vertreten.

(www.aktion-deutschland-hilft.de)

Foto: Stefan Trappe|ADH

„Mitfühlende Form der Berichterstattung“

Mehr als 450 Journalistinnen und Journalisten haben sich 2008 um den Deutschen Sozialpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beworben. Ausgewählt wurden als PreisträgerInnen: Marion Mück-Raab und Wolfgang Stuppert (Der Tagesspiegel) in der Sparte Print, Reinhard Schneider (RBB/DLR/WDR) in der Sparte Hörfunk und Ute Hilgefört (ARD/WDR) in der Sparte Fernsehen.

In seiner Gastrede unterstrich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bei der Preisverleihung in Berlin den Wert des Deutschen Sozialpreises und dankte den Preisträgern für ihr journalistisches Engagement: „Ich hoffe, dass durch diese seriöse, ernsthafte, mitfühlende Form der Berichterstattung noch mehr Menschen dazu ermuntert werden, sich für ihre Mitmenschen zu engagieren.“

Seit 37 Jahren verleihen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege jährlich den mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Medienpreis. Mit ihm werden Journalisten ausgezeichnet, deren Beiträge sich besonders mit der so-

zialen Lebenswirklichkeit in Deutschland auseinandersetzen.

Die Ausschreibungsfrist für den Sozialpreis 2009 endet am 1. März. (www.bagfw.de)

Die GewinnerInnen des Sozialpreises – von links: Wolfgang Stuppert, Marion Mück-Raab, Ute Hilgefört, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Reinhard Schneider



Merk im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Heidi Merk, Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, vertritt im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT) die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Ziel des Bündnisses ist es, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus und Gewalt zu stärken.

Ehemalige Heimkinder empört

Streit um Runden Tisch und Entschädigung für erlittene Qualen

Befremden und Empörung hat beim Verein ehemaliger Heimkinder (VEH) ein Schreiben von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen an den Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz ausgelöst. Mit dem darin vorgestellten Konzeptentwurf zur Einrichtung eines Runden Tisches weicht das Ministerium ab von Empfehlungen des Petitionsausschusses zur Aufarbeitung des Unrechts, das ehemaligen Heimkindern zwischen 1945 und 1975 in Kinderheimen und Erziehungsanstalten zugefügt wurde.

In der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zur Aufarbeitung der westdeutschen Heimerziehung in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten werden die Bundesregierung und die betroffenen Landesparlamente sowie Landesregierungen aufgefordert, einen Runden Tisch zur Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse einzurichten. Der Petitionsausschuss schlug vor, die Organisation und Koordination des Runden Tisches zwei unabhängigen Dachorganisationen, dem Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. (AFET) und dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, anzuvertrauen. Davon abweichend, so erfuhr der Verein, wolle das Ministerium die organisatorische Verantwortung für den Runden Tisch dem Deutschen Verein übertragen. Dieser Trägerwechsel ist jedoch für den Verein ehemaliger Heimkinder inakzeptabel, wie VEH-Vorsitzender Dr. Hans-Siegfried Wiegand in einer Pressemitteilung betonte. Der VEH sieht den Deutschen Verein selbst zu sehr in die unselige Geschichte der Heimerziehung verstrickt.

Brüskiert reagierte der Verein auch auf die Aussage Ursula von der Leyens, dass ein „Nationaler Entschädigungsfonds“ „nicht angestrebt“ werde. Auch die Erörterungs- und Aufklärungsfunktion, die von der Leyen in einem Schreiben an Prof. Dr. Jürgen Zöllner, den Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz, dem Runden Tisch einräumt, geht dem Verein ehemaliger Heimkinder nicht weit genug. Und erst recht nicht, dass er nur mit zwei Vertretern am Runden Tisch Platz nehmen dürfen soll.

Mit seinem Konzept bleibe das Ministerium deutlich hinter den vom Petitionsausschusses geweckten Erwartungen zurück, kritisiert auch der Paritätische Gesamtverband in einem Brief ans Bundesfamilienministerium und forderte, das vorliegende Konzept zu korrigieren.

Enttäuschte Hoffnungen

Für Wolfgang Rosenkötter ist die Anfang Januar aufgebrochene Debatte um den Runden Tisch ein herber Rückschlag. Der Hamburger, der als Jugendlicher im Erziehungsheim Freistatt bei Bremen gequält wurde und als Torfstecher schuften musste, ist ehemaliger Vorsitzender des VEH. Er hatte sich große Hoffnungen auf eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Kinderheimen und Erziehungsanstalten gemacht, nachdem der Bundestag im Dezember der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses gefolgt war.

Diese Hoffnungen sind nun schwer enttäuscht, wengleich der 64-Jährige es ob des beachtlichen Medieninteresses an der Sache der ehemaligen Heimkinder nicht für ausgeschlossen hält, dass doch noch eine Lösung des Konflikts gefunden werden kann und die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Runden Tisches so gestaltet werden, dass von Aufarbeitung wirklich die Rede sein kann. Und vielleicht, so hofft er, kommt dann ja auch doch noch eine Entschädigungsregelung. „Denn obwohl viele Kinder und Jugendliche in den Heimen und Erziehungsanstalten Zwangsarbeit leisten mussten, haben sie für diese Zeit nach

Wolfgang Rosenkötter engagiert sich als Betroffener dafür, dass die Menschenrechtsverletzungen gegen ehemalige Heimkinder aufgearbeitet werden.



geltender Rechtslage nicht einmal Anspruch auf den Ausgleich entgangener Rentenansprüche“, betont Rosenkötter. Ganz zu schweigen davon, dass sie jemals für die erlittenen Qualen entschädigt worden seien.

Ein Sprecher des Bundesfamilienministeriums sagte am 19. Januar dem Paritätischen, er gehe davon aus, dass der Runde Tisch Ende Januar zum ersten Mal tage – die Frage, in welcher Zusammensetzung und unter wessen Koordination, sei Teil des zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Abstimmungsprozesses mit den Ländern. Er betonte jedoch, auch wenn ein Nationaler Entschädigungsfonds ausgeschlossen worden sei, bedeute dies nicht, dass es keine Entschädigung geben werde.

Zwischen 1945 und 1975 wurden in Westdeutschland mehrere hunderttausend Kinder und Jugendliche zum Teil aus nichtigen Gründen in Kinderheimen und Erziehungsanstalten eingewiesen. Viele der Betroffenen leiden noch heute unter erlittenen Misshandlungen und Traumatisierungen. UB

Die Vorleser schwärmen aus

Beim Aktionstag der Stiftung Lesen mischte auch der Paritätische mit

Lesen regt die Phantasie an und erweitert das Verständnis von Sprache und Umwelt. Doch laut einer aktuellen Studie bekommen 37 Prozent aller Kinder niemals vorgelesen. Zum von der Stiftung Lesen ausgerufenen Vorlesestag am 20. November 2008 besuchten mehr als 7.500 Vorleserinnen und Vorleser, darunter viele Prominente, Kindergärten und Schulen. Auch der Paritätische Gesamtverband machte mit bei der Aktion. Geschäftsführer Werner Hesse und Sekretärin Seha Inan lasen in der Kreuzberger Europa-Kita vor.

Und jetzt das hier!“ Ahmedina hat „Rosi in der Geisterbahn“ aus dem Stapel Kinderbücher gezogen, den Werner Hesse auf dem Schoß liegen hat. Der Geschäftsführer des Paritätischen sitzt mit drei Mädchen und zwei Jungen auf einem Sofa und liest geduldig aus den Kinderbüchern vor. Ab und zu halten sie inne und schauen sich die Bilder an. Im Nebenraum haben es sich Seha Inan und fünf weitere fünf- bis sechsjährige Kinder gemütlich gemacht. Die junge Frau liest ihnen aus türkischsprachigen Kinderbüchern vor. Gelegentlich, vor allem bei schwierigen Begriffen, fragt sie, ob sie auch wissen, wie das Wort auf Deutsch heißt.

Für die Vorschulkinder in der Kreuzberger Europa-Kita des Vereins zur Förderung ausländischer und deutscher Kinder e. V. (VAK) ist das kein Problem. Viele von ihnen wachsen zweisprachig auf. Deutsch sprechen hier alle, daneben hört man in den Fluren und liest an den Aushängen aber auch Worte auf Spanisch, Türkisch, Englisch, Griechisch oder Polnisch. Viele der Erzieherinnen sind ebenfalls zweisprachig. „Unsere Umgangssprache ist Deutsch“, erklärt Nurgün Karhan von der sprach- und bewegungsorientierten Europa-Kita. „Die Kinder lernen aber auch, dass der Umgang mit anderen Kulturen und das Sprechen anderer Sprachen etwas Selbstverständliches ist.“

Laut Stiftung Lesen, die gemeinsam mit der „Zeit“ und der Bahn ihre „Vorlesestudie 2008“ veröffentlicht hat, wünscht sich ein Drittel der vier- bis elfjährigen Kinder ausdrücklich, dass

ihnen mehr vorgelesen wird. Die Studie räumt auch mit einem Vorurteil auf: „Einkommen und Bildungsgrad spielen beim Vorlese-Verhalten der Eltern fast keine Rolle“, fanden die Forscherinnen und Forscher heraus.

Für Werner Hesse, Seha Inan und die Kinder ist die Vorlesestunde wie im Flug vergangen. Die Kinder hier sind es schon gewohnt, dass einmal wöchentlich jemand zum Vorlesen kommt. Dafür sorgt der Verein Lesewelt, der seit acht Jahren regelmäßig ehrenamtliche Vorleserinnen und Vorleser in Kindereinrichtungen entsendet. „Ohne die Unterstützung von Lesewelt wäre regelmäßiges Vorlesen nicht möglich. Mit unserem Personalschlüssel könnten wir das so nicht leisten“, sagt Erzieherin Ilka Wagner. Das bestätigt auch die Vorlesestudie: Weniger als die Hälfte der Kinder berichtete, dass ihnen in Kita, Hort oder Schule vorgelesen wird.

Martin Franke



Kontakt

Verein zur Förderung ausländischer und deutscher Kinder e. V.
 Kita Reichenberger Str. 156 a
 10999 Berlin, Tel.: 030/61076668,
 E-Mail: VAK-Kitas@t-online.de
www.vak-kindertagesstaetten.de;
 Vorlesestudie 2009 im Internet:
www.stiftunglesen.de;
 Lesewelt e. V.: www.lesewelt-berlin.org,
www.lesewelt.org



Seha Inan,
 Sekretärin beim
 Paritätischen
 Gesamtverband, (oben)
 und Geschäftsführer
 Werner Hesse (links)
 lesen den Kindern in der
 Europa-Kita in
 Berlin-Kreuzberg
 spannende Geschichten vor.

Fotos: Martin Franke

Versorgungsniveau soll gehalten werden

Mehraufwand bei HIV-Schwerpunktpraxen wird weiterhin berücksichtigt

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt haben der Deutschen AIDS-Hilfe zugesagt, sich für den Erhalt der Sonderpauschale für HIV-Schwerpunktpraxen einzusetzen. Es werde auch künftig keine Einschränkungen bei Behandlungen geben, traten sie Bedenken entgegen, mit der Einführung des Gesundheitsfonds im Januar 2009 könne es zu Verschlechterungen in der Versorgung von HIV-Patientinnen und -patienten kommen.

Eine bunte Schar von Demonstranten empfing Merkel und Schmidt, als ihre Fahrzeuge vor dem ehemaligen Umspannwerk in Berlin-Kreuzberg hielten, wo die Deutsche AIDS-Hilfe (DAH) Mitte November unter dem Motto „Weil wir das Leben lieben“ ihr 25-jähriges Bestehen feierte. Die Demonstrierenden forderten mit Unterstützung der DAH eine Beibehaltung der sogenannten Aids-Pauschale, mit der niedergelassenen Ärzten die aufwendige Versorgung von HIV-Patienten in Schwerpunktpraxen zusätzlich honoriert wird. In Berlin, wo jeder sechste HIV-Positive in Deutschland lebt, betrug diese rund 70 Euro pro Quartal und Patient.

„Offener Umgang mit Aids“

Bei der Rede von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vor rund 500 Gästen erhob sich erneut Protest gegen die befürchteten Kürzungen. „Sie können mich beim Wort nehmen!“, sagte sie zu, sich für eine Weiterfinanzierung der speziellen ambulanten HIV-Versorgung einzusetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach ebenfalls, „keine Einschrän-

kungen, die nicht vertretbar sind“, bei der Versorgung zuzulassen. In ihrer Ansprache warb Merkel zudem für einen offenen Umgang mit Aids, auch in den besonders betroffenen osteuropäischen und afrikanischen Ländern. Die Kanzlerin lobte die frühere Gesundheitsministerin Rita Süßmuth. Diese hatte sich Mitte der 80er Jahre dafür eingesetzt, nicht seuchenpolitisch gegen Aids vorzugehen, sondern mit den Betroffenen zusammen auf Verständnis und Solidarität in der Bevölkerung zu setzen. „Dafür hat sie auch in meiner Partei nicht immer Zuspruch bekommen – trotzdem war es richtig“, so Merkel.

„Wer sich schätzt, schützt sich eher“

DAH-Vorsitzender Tino Henn nannte in seiner Jubiläumsrede Selbsthilfe, Interessenvertretung und strukturelle Prävention als Grundpfeiler der Aids-Arbeit. Er betonte, wie wichtig Unabhängigkeit sei – vom Staat, von der Medizin, aber erst recht von der Pharmaindustrie und weiteren Lobbyisten im Gesundheitswesen. Bei der Prävention gehe es auch um Selbstwertstärkung. „Wer sich schätzt, schützt sich

auch eher“, sei eine Erkenntnis der Arbeit der vergangenen Jahre. Dies sei ein wichtiges Element der aktuellen Kampagne „Ich weiß, was ich tu“, die sich gezielt an Männer wendet, die Sex mit Männern haben.

Nach Berechnungen des Robert-Koch-Instituts sind von 1982 bis März 2008 knapp 14.000 Menschen durch Aids gestorben. 2007 erhielten rund 2.800 Menschen hierzulande erstmals ein positives HIV-Testergebnis. Von HIV bzw. Aids betroffen sind in Deutschland 59.000, weltweit etwa 33 Millionen Menschen. Der zum Jubiläumsfest organisierte Protest hat inzwischen Früchte getragen. Die befürchteten Kürzungen sind – vorerst – vom Tisch. Wenige Tage nach dem Jubiläum bestimmte die Schiedsstelle, dass die Krankenkassen in Berlin den Zuschlag auch im ersten Quartal 2009 zahlen müssen. Berlin, wo 10.400 HIV-positive bzw. aidskranke Menschen leben, hat damit als letztes Bundesland eine Übergangslösung gefunden. Ab dem 1. April 2009 soll es eine bundeseinheitliche Abrechnungsziffer geben, die den Mehraufwand der ambulanten Versorgung berücksichtigt. Martin Franke

Kinderträume 2011 – Experte des Paritätischen berät FIFA-Organisationskomitee

Zur FIFA Frauen-Weltmeisterschaft 2011 ruft der Deutsche Fußball-Bund eine Sozialkampagne mit dem Titel „Kinderträume 2011“ ins Leben. In deren Rahmen sollen bundesweit soziale Einrichtungen, die sich um das Wohl von Kindern und Jugendlichen bemü-

hen, ideell und finanziell unterstützt werden. Bei der Auswahl sollen insbesondere lokale, gemeinnützige Initiativen, die durch ehrenamtliches Engagement getragen werden, berücksichtigt werden. Dabei setzt das Organisationskomitee auf Unterstützung aus

Reihen des Paritätischen: Norbert Struck, Jugendhilfe-Referent des Gesamtverbandes und zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, wurde eingeladen, im Expertenbeirat für die Sozialkampagne mitzuwirken.

„Gerechtigkeit muss allumfassend sein“

Behshid Najafi von agisra hilft von Gewalt betroffenen Migrantinnen

„Ein Leben ohne eine Utopie kann ich mir gar nicht vorstellen“, sagt Behshid Najafi. Seit 15 Jahren setzt sich die gebürtige Iranerin in Köln bei agisra, der Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e. V., ganz praktisch dafür ein, dass die Welt für Frauen und Mädchen ein besserer Ort wird.

Gerade ist Behshid Najafi von einer internationalen Frauenkonferenz in Südkorea zurückgekehrt. Der Erfahrungsaustausch mit Frauen aus aller Welt hat wieder einmal gezeigt, wie schlecht es in vielen Ländern um die Menschenrechte von Frauen bestellt ist. Aber auch, mit wieviel Energie Frauen überall, zum Teil unter großer Gefahr, für die Frauenrechte kämpfen. Behshid Najafi ist überzeugt: Frauen- und Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit sind ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu erreichen. Gerechtigkeit muss allumfassend sein. Eine Utopie? Behshid Najafi spornet das eher an, als dass es sie lähmt. Die Frauenrechtlerin musste Mitte der 80er Jahre ihre Heimat Iran aus politischen Gründen verlassen und floh mit Mann und Sohn nach Deutschland. Die 1956 in Isfahan geborene Tochter eines Chemie-Ingenieurs und einer literarisch ambitionierten Mutter hatte mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit nicht gerade das Wohlwollen des Khomeini-Regimes auf sich gezogen. Dabei war die junge Frau 1980 – nach dem Sturz des Shahs – mit so großen Hoffnungen aus den USA in ihre Heimat zurückgekehrt. In Los Angeles, wo auch zwei ihrer fünf Geschwister studierten, hatte sie im Anschluss an ihr Politikwissenschaftsstudium noch den Master in Pädagogik gemacht.

Trotz dieser guten Ausbildung musste Behshid Najafi in Deutschland anfangs mit ihrer Familie von Sozialhilfe leben. „Wir wurden, nachdem wir in Berlin unseren Asylantrag gestellt hatten, nach Wittlich geschickt, wo wir während unserer Asylverfahren Residenzpflicht hatten und keine Arbeitserlaubnis“, erinnert sich die 52-Jährige. Ohne Deutschkenntnisse hockte das junge Paar mit seinem zweijährigen Sohn Piroz in der

Kleinstadt bei Trier, froh eine sichere Zuflucht gefunden zu haben und doch frustriert: Zur Untätigkeit verdammt zu sein setzte Behshid Najafi arg zu. „Ich bin ein Mensch, der sich gerne engagiert. Ich freue mich, wenn ich etwas Nützliches tun kann.“ Bald fand sie beim Roten Kreuz eine solche Betätigung: Sie übersetzte Flyer, dolmetschte für iranische Flüchtlinge in Englisch und Persisch, „denn Deutsch konnte ich damals ja noch nicht“. Das zu lernen hatte sie erst die Chance, als sie mit ihrem Mann und Sohn Piroz sowie dem Zweitegeborenen Alborz nach Köln übersiedeln konnte, wo Verwandte ihres Mannes lebten. An der Uni besuchte Behshid Najafi Deutschkurse und schrieb sich sogar ein, um zu promovieren. Doch dann fand sie eine ABM-Stelle in der neuen Kölner Beratungsstelle der Organisation agisra (www.agisra.org), die 1983 in Frankfurt gegründet worden war, um Frauenhandel und Sextourismus zu bekämpfen.

„Wir wollen, dass sich die Gesellschaft für alle Frauen ändert“

Aus anfangs vier Frauen, die das Kölner agisra-Büro aufbauten, sind inzwischen zehn geworden. Jährlich suchen mehr als 400 Frauen und Mädchen bei ihnen Rat und Hilfe, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind, von Zwangsheirat, Zwangsprostitution, Frauenhandel oder Abschiebung. Egal, aus welchem Land die Frauen kommen, welche Sprache sie sprechen und welchen Aufenthaltsstatus sie haben: agisra unterstützt sie kostenlos und anonym, bietet psychosoziale Beratung und Therapie, informiert die Frauen über ihre Rechte, begleitet sie zu Behörden, Rechtsanwälten und Ärzten und hilft ihnen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. „Wir wollen, dass sich die Gesellschaft



Behshid Najafi Foto: Ulrike Bauer

für alle Frauen ändert, auch für die, die den Weg zu uns nicht finden“, betont Frauenrechtlerin Behshid Najafi. Daher sind weitere wichtige Schwerpunkte von agisra die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu migrationspezifischen, antirassistischen und antisexistischen Themen und die Vernetzung mit anderen Frauen- und Migrantenorganisationen. „Vor allem Migrantinnen sind auch in Deutschland noch in vielfacher Weise von Diskriminierung und Gewalt betroffen. Dies wollen wir transparent und öffentlich und damit zu einem politischen Thema machen“, betont Najafi, die auch stellvertretende Sprecherin des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen ist. Gelegenheit dazu hatte sie 2007 auf höchster Ebene: Sie war Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Erstellung des Nationalen Integrationsplans zum Thema Rechte von Einwandererinnen und Schutz vor Gewalt. 2008 nahm sie sogar am 3. Integrationsgipfel mit Kanzlerin Angela Merkel teil. UB

„Bamberg bewegt“

Mit seinem Buch „Bamberg bewegt“ stellt der Verlag 53° NORD ein Projekt vor, das vielen Menschen Mut macht: Menschen mit Behinderung, ihren Eltern und Angehörigen und anderen, die sich eine inklusive Gesellschaft wünschen. Die Lebenshilfe Bamberg gibt mit dem Projekt „Integra Mensch“ eine neue Antwort auf die alte Frage: Wie können Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung am Arbeitsleben teilhaben? Integra-Beschäftigte arbeiten in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes, getragen von den ArbeitskollegInnen und unterstützt von professionellen Integrationsbegleitern. Die Autoren stellen in gut lesbarer Form das Vorgehen von „Integra Mensch“ vor, angereichert mit Interviews und Reportagen aus dem Arbeitsalltag von Integra-Beschäftigten. „Bamberg bewegt“ ist ein Sach- und Lesebuch, das auch als Handlungsanweisung für Nachahmer dienen kann. Dieter Basener, Silke Häußler, Bamberg bewegt, Integration in den Arbeitsmarkt: Eine Region wird aktiv, Verlag 53° NORD, 160 S., 19,80 Euro, ISBN 978-3-9812235-1-4. Zu beziehen bei: 53° NORD GmbH, Behringstr. 16 a, 22765 Hamburg, Tel.: 040/4143759- 87, E-Mail: info@53grad-nord.com.

Sozialraumorientierung

„Sozialraumorientierung – Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen“ hieß der Titel einer Fachtagung, die das Sozialreferat und das Stadtjugendamt der Landeshauptstadt München im Februar 2008 mit dem Deutschen Jugendinstitut und der Hochschule München unter Beteiligung von Freien Trägern der Jugendhilfe sowie der Wohlfahrtsverbände veranstaltete.

Jetzt liegt die Dokumentation vor. Sie ist erhältlich bei der Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Stadtjugendamt, Regionale Kinder- und Jugendhilfeplanung, Fax: 089/23349503, E-Mail: volker.hausdorf@muenchen.de, oder herunterzuladen von der Internetseite www.muenchen.de/stadtjugendamt.

Engagiert unternehmen

Für die fruchtbare Kooperation von Wirtschaftsunternehmen mit sozialen Einrichtungen und Initiativen gibt es eine Vielzahl guter Beispiele. Doch derartige Kooperationen sind nicht immer unkompliziert und unumstritten. Erfahrungen aus der Zusammenarbeit von Paritätischen Mitgliedsorganisationen und Unternehmen schildert die Broschüre „Engagiert unternehmen. Begegnung von Wirtschaftsunternehmen und sozialen Initiativen“, die der Paritätische Gesamtverband und der Paritätische Landesverband Nordrhein-Westfalen

gemeinsam herausgegeben haben. Praxisbeispiele und Diskussionsbeiträge liefern Argumente und Anregungen zur Positionsbestimmung, ermutigen aber vor allem, sich konkret mit dem Thema zu beschäftigen. Die 128 Seiten umfassende Broschüre ist erhältlich beim Paritätischen Landesverband NRW, Loher Str. 7, 42282 Wuppertal, E-Mail: klewinghaus@paritaet-nrw.org. Preis: 12,50 Euro (zuzüglich Porto-kosten). Mitgliedsorganisationen erhalten Sonderkonditionen.

AGG-Ratgeber.de

Das Gleichbehandlungsbüro – GBB – Aachen und das Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW e. V. haben einen mehrsprachigen Online-Ratgeber zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entwickelt. Dieser ist ab sofort in den Sprachen Englisch, Russisch und Türkisch zu lesen unter www.AGG-Ratgeber.de. Weitere Sprachen sollen folgen.

Die Homepage klärt leicht verständlich über Handlungsmöglichkeiten gegen rassistische Diskriminierung auf und informiert über rechtliche Vorgehensweisen gemäß dem AGG.

Lesen und tasten

Ein Buch zum Lesen und Fühlen, das blinden und sehenden Kindern gemeinsamen Lesespaß ermöglicht, ist „Die Historie vom dicken fetten Pfannekuchen“. Das von der Deutschen Blindenstudienanstalt herausgegebene Buch mit 38 Papier- und 16 farbig-taktilen Folienseiten erzählt in normaler und Blindenschrift sowie mit tastbaren Abbildungen die Geschichte des dicken fetten Pfannekuchens, der in den Wald flieht. Es ist für 30 Euro plus Verpackungskosten erhältlich.

Bestellung: Tel.: 06421/6060, E-Mail: bestellservice@blista.de

Beunruhigende Befunde in der Schwangerschaft

Der Wunsch nach einem gesunden Kind und das Bestreben, in der Schwangerschaft nichts falsch zu machen, bewegen viele Schwangere, für sich und ihr ungeborenes Kind pränatale Untersuchungsmethoden in Anspruch zu nehmen. Diese können zwar helfen, mehr über die Gesundheit oder eine mögliche Behinderung des Kindes zu erfahren, oft werden die Frauen jedoch mit beunruhigenden Befunden alleine gelassen und sehen sich gezwungen, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Die Sozialpädagoginnen Ulrike Walburg und Roswitha Schwab erläutern in ihrem umfassenden Ratgeber

ber Vor- und Nachteile der Pränataldiagnostik. Sie zeigen, inwiefern die Untersuchungen helfen können, aber auch, welche Risiken sie bergen. Die Autorinnen erklären diverse medizinische Angebote, legen aber ebenso auch deren Nutzen und Risiken dar und zeigen mögliche Entscheidungswege in der schwierigen Lebenssituation auf, die meist folgt, wenn die Diagnose lautet: „auffälliger Befund“.

Roswitha Schwab, Ulrike Walburg, Beunruhigende Befunde in der Schwangerschaft. Ein Ratgeber zur Pränataldiagnostik, 224 S., 16,95 Euro, ISBN: 978-3-7205-4047-6, IRISIANA.

Heute am Abgrund, morgen einen Schritt weiter?

Für wachsende Teile der Bevölkerung ist heute nicht mehr die Rente, sondern eine Armutgefährdung im Alter sicher. Während ein Durchschnittsverdiener heute über 27 Jahre in die Rentenversicherung einzahlen muss, um wenigstens eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu erhalten, werden dafür bis 2030 voraussichtlich 32 Beitragsjahre notwendig sein. Das Abschmelzen des Leistungsniveaus der bewährten und leistungsfähigen Rentenversicherung und der steigende Anteil arbeitsloser und prekär beschäftigter Personen führen zu einem massiven Anstieg des Armutrisikos im Alter. Die Altersarmut von morgen ist bereits heute politisch programmiert.

Dass diese Entwicklung entgegen den Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung politisch durchsetzbar war, ist auch der Vielgestaltigkeit und Unübersichtlichkeit der Altersvorsorgeformen geschuldet. Dies als Herausforderung zu begreifen, ist das Verdienst einer neu erschienen Untersuchung, die Hanna Haupt und Johannes Steffen unter dem programmatischen Titel „Solidarität leben statt Altersarmut“ im Auftrag der Volkssolidarität vorgelegt haben.

Von einem abgestimmten System der Alterssicherung kann, so die Autoren, keine Rede sein. Umso beeindruckender

liest sich die vorgelegte Studie, die aufbauend auf einer umfassenden Darstellung der verschiedenen Entwicklungslinien der Alterssicherung die Strukturen insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung darstellt. Souverän führt die Studie den Leser durch das Feld der Rentenversicherung, das in allen Facetten beleuchtet wird. Die klare Gliederung des Bandes trägt ebenso wie die gute Lesbarkeit und die etwa 200 Darstellungen, Tabellen und Übersichten dazu bei, die komplexe Materie ohne unzulässige Verkürzungen überschaubar darzustellen. Allein diese Leistung macht das Buch zu einer Pflichtlektüre für alle, die sich mit der Gegenwart und Zukunft der Alterssicherung auseinandersetzen.

So eindringlich wie sachlich werden die seitens der Politik vollzogenen Maßnahmen zur Privatisierung und Entsolidarisierung nachgezeichnet. Dass dieser Prozess keinem Sachzwang folgt und nicht schicksalhaft hingenommen werden muss, weisen die Autoren akribisch und überzeugend nach. So diskutieren sie Vor- und Nachteile verschiedener Reformmöglichkeiten und machen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Vorschläge, wie die Alterssicherung solidarisch ausgestaltet und Altersarmut nachhaltig bekämpft werden



kann. Die Rentenpolitischen Leitlinien der Volkssolidarität, die der Untersuchung beigelegt sind, enthalten darüber hinaus ein umfassendes Reformprogramm für eine solidarische Alterssicherung, die diesen Namen verdient.

Hanna Haupt und Johannes Steffen, „Solidarität leben statt Altersarmut. Sichere Renten für die Zukunft“, Hrsg.: Volkssolidarität Bundesverband e. V., VSA Verlag Hamburg, 332 S., 16,80 Euro.

Joachim Rock

impresum



Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 0 30/2 46 36-0 · Fax: -110
<http://www.der-paritaetische.de>
E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 0 30/2 46 36-311

Titelbilder: KREATIVHAUS Berlin,
InFö Tübingen,
Gesundheitshaus Gelsenkirchen,
FNZ Neunkirchen

Verantwortlich für die Landsseiten:
Berlin: Rita Schmid, Tel.: 030/86 00 1-0.
Brandenburg: Irene Dause,
Tel.: 0331/28497-0.
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0.
Hessen: Annette Wippermann,
Tel.: 069/955262-0.
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0.
Sachsen: Beate Hennig, Tel.: 0351/4916612
Thüringen: Doreen Handke,
Tel.: 036202/26-231.

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, trägt dieser die Verantwortung. Die Redaktion behält sich Kürzungen von Leserbriefen vor. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung. Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr
Anschrift von Herausgeber, Verlag, Redaktion und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin
Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft, Mainz,
Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Anzeigenverwaltung:
PARITÄTISCHE Verlags GmbH,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin,
Tel.: 0 30/2 46 36-311,
Fax: 0 30/2 46 36-110,
E-Mail: verlag@paritaet.org.

Gesundheitsförderung in Haftanstalten

Die „4. Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft“ veranstalten vom 15. bis 17. April 2009 im Europahaus Wien akzept e. V. – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, die Deutsche AIDS Hilfe und das Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesministerium für Justiz und dem Schweizer Haus Hadersdorf, Wien.

Gesundheit hat eine große Bedeutung sowohl für die Resozialisierung der Gefangenen als auch für die Arbeitsbedingungen der Bediensteten. Beide Zielgruppen und auch die Bedingungen der Haftanstalten stehen im Mittelpunkt der Konferenz. Dabei geht es sowohl um Themen wie Umgang mit Depression und Suizidversuchen, Ernährung sowie betriebliche Gesundheitsförderung.

Konferenzorganisation: akzept e. V. Christine Kluge Haberkorn, Südwestkorso 14, 12161 Berlin, Tel.: 030/827 06 946, E-Mail: buero@akzept.org, www.akzept.org

Fachtagung zum Umgang mit Rechtsextremismus

Der Paritätische Gesamtverband veranstaltet in Kooperation mit dem Verein für akzeptierende Jugendarbeit – VAJA (Bremen) am 6. und 7. Mai 2009 in Berlin eine Fachtagung zum Umgang mit Rechtsextremismus. Dabei geht es unter anderem um Straßensozialarbeit, Aussteigerhilfe und Beratungsangebote. Praxisorientiert sollen in Workshops Handlungsansätze erörtert werden. Mehrere Projekte stellen ihre Arbeit vor.

Nähere Informationen erhalten Interessierte beim Paritätischen Gesamtverband unter Tel.: 030/24636327, oder per E-Mail an: jugendhilfe@paritaet.org. Der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit wurde 2008 mit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis ausgezeichnet. Er erhielt ihn für die Arbeit des Teams Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques nach dem selbst entwickelten Konzept Distanz(ierung) durch Integration.

Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit

Der nächste Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit findet vom 27. bis 29. Mai 2009 im ICC Berlin statt. Im Zentrum des Kongresses, an dem die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege als Kooperationspartnerin mitwirkt, stehen nicht nur gesundheitspolitische Themen, sondern auch der zunehmend wichtiger werdende Aspekt „Qualität in der Pflege“. Dazu werden mehrere Workshops angeboten. Nähere Informationen gibt es im Internet unter www.hauptstadtkongress.de.

FachberaterIn für Opferhilfe

Eine einjährige berufsbegleitende Weiterbildung zur FachberaterIn für Opferhilfe bietet der Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland e. V. von April 2009 bis Januar 2010 an der Alice Salomon Hochschule in Berlin an. Mit dem Zertifikatskurs wendet er sich an Fachkräfte, die in ihrem Arbeitsbereich mit Opfern von Straf- und Gewalttaten in Kontakt kommen. Die Bewerbungsfrist endet am 20. Februar 2009. Information und Anmeldung: Horst Goedel, Tel.: 030/99245353, goedel@verwaltung.asfh-berlin.de.

Rennsteig-Special-Cross

Der Rennsteig-Special-Cross ist bundesweit einer der größten Crossläufe für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung. Der erste Lauf fand im Jahr 2000 mit 56 behinderten SportlerInnen statt, 2008 gingen schon mehr als 400 auf die 3,7 km lange Strecke. Der Rennsteig-Special-Cross ist eingebunden in die Großveranstaltung des Guts-Muths-Rennsteiglaufs und lehnt sich an das Reglement der Special Olympics an.

Zum Jubiläumslauf zum zehnjährigen Bestehen im Mai 2009 können sich Interessierte bis zum 30. April anmelden. Nachmeldungen sind bis zum Lauftag möglich. Nähere Informationen gibt es unter www.rennsteig-werkstaetten.de oder www.rennsteiglauf.de.

Anti-Gewalt-Training – berufsbegleitende Fortbildung

Der richtige Umgang mit (Jugend)Gewalt wird vielfach emotional und polemisch diskutiert. Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt trägt der Komplexität des Themas Rechnung und bietet für Menschen, die sich beruflich weiter qualifizieren möchten, den Lehrgang „Für die Praxis – Anti-Gewalt-Training“ an.

Zielsetzung dieser Fortbildung ist die Ausbildung von Gewaltpräventionsfachkräften in Schulen, Einrichtungen und Verbänden.

Die Fortbildung befähigt zur Durchführung von Anti-Gewalt-Trainings in Schulen, Jugendhilfe- und Erwachsenen-einrichtungen sowie zum Angebot von Fachberatung. Sie dauert von September 2009 bis Juli 2010 und umfasst

sechs dreitägige Kurseinheiten mit insgesamt 115 Unterrichtseinheiten.

Zielgruppen sind pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte aus Jugendarbeit, ambulanter und stationärer Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe und Schule sowie allen Tätigkeitsfeldern, die mit der Betreuung, Beratung und Erziehung gewaltbereiter Menschen befasst sind. Weitere Auskünfte und Anmeldung: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 07033/5269-0, E-Mail: info@jugendbildung.org.

Eine detaillierte Beschreibung der Fortbildung kann auch im Internet unter www.jugendbildung.org abgerufen werden.